:antifaschistische nachrichten

Nr. 11

g 3336 23.5.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Deutsche Traditionspflege ganz ungestört: Pfingsttreffen der Gebirgsmilitaristen

Seit über 50 Jahren veranstaltet zu Pfingsten die Gebirgsdivision 1 (GD1) in Mittenwald eine Gedenkfeier zu Ehren ihrer toten „Helden“, an der bisweilen mehrere tausend Menschen teilnahmen. Auch in diesem Jahr trafen sich die Veteranen gemeinsam mit den Aktiven von der Bundeswehr auf Bundeswehrgelände am Hohen Brendten. Junge Antifaschistinnen und Antifaschisten nahmen in diesem Jahr ebenfalls teil, und einer ihrer Sprecher erklärte: „Unter dem NS-Regime verübte diese Einheit der Wehrmacht diverse Massaker an Tausenden von Menschen in Griechenland, Italien, Jugoslawien, Polen und Finnland. Diese Tradition der Verehrung der Mörder und Verhöhnung der Opfer konnte über 50 Jahre lang unbehelligt stattfinden und sich dabei einer großen gesellschaftlichen Akzeptanz erfreuen. Als Mitveranstalter tritt hier die Bundeswehr in Erscheinung und sie befindet sich damit in auffälliger Kontinuität, denn auch heute sind die Gebirgstruppen wieder aktiv bei Auslandseinsätzen wie im Kosovo und Afghanistan. Dabei jene Bundeswehr-Gebirgsdivision, die sich als direkte Nachfolgerin der Wehrmachtsdivision versteht.“

In Mittenwald erinnerte die Bundeswehr in Schriften an die Vorjahrsrede auf dem Hohen Brendten, gehalten vom jetzigen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU und Kameradschaftsmitglied sowie ehemaligem Gebirgsjäger Edmund Stoiber. Darin nennt er das Treffen Ausdruck „unangreifbarer Traditionspflege“. Damit lag er falsch: Am Pfingstsamstag besuchten ca. 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten das im Rahmen der Gedenkfeier stattfindende Schweinebratenessen der Gebirgssoldaten in Mittenwald.

Fortsetzung Seite 9

Aus dem Inhalt:



600 Menschen demonstrierten am 11. Mai in Essen

Info: ARBEITERFOTOGRAFIE www.arbeiterfotografie.com

Offizielle Statistik rechtsextremistischer Straftaten ist falsch

Die innenpolitische Sprecherin der PDS Bundestagsfraktion Ulla Jelpke hat einen „Schattenbericht“ über die amtliche Statistik rechter Straf- und Gewalttaten vorgelegt. Durch den Bericht wird deutlich:

Die amtliche Statistik über rechte Straftaten bleibt auch nach der von der Innenministerkonferenz im letzten Jahr beschlossenen Umstellung falsch. Sie ignoriert weiter eine Vielzahl von rechten Straftaten, bagatellisiert weiter das wirkliche Ausmaß rassistischer, antisemitischer, rechtsextremistischer Gewalt. Nachdem im Herbst 2000 die „Frankfurter Rundschau“ und der „Tagesspiegel“ ihre bedrückende Dokumentation über damals 93 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 vorgelegt hatten – die amtliche Statistik nannte damals nur 26 Todesopfer –, hatte Bundesinnenminister Schily eine Überprüfung angekündigt. In der Folge wurde die amtliche Statistik geringfügig korrigiert – statt von 26 Opfern sprechen Bund und Länder seitdem von 38 Todesopfern seit 1990. Im Mai 2001 beschloss die Innenministerkonferenz zudem rückwirkend ab 1. Januar 2001 ein neues Erhebungsverfahren, das auch bisher nicht erfasste Gewalttaten – etwa gegen Obdachlose – besser erfassen soll.

Die von der PDS jetzt vorgelegte Studie dokumentiert, dass diese Umstellung der amtlichen Statistik keinerlei Verbesserung bedeutet. Im Gegenteil: Das Chaos in der Statistik und die Ignoranz der Behörden sind eher noch größer geworden.

Selbst in abgeschlossenen Gerichtsverfahren eindeutig festgestellte rechtsextreme Gewalttaten werden in der amtlichen Statistik ignoriert. Die PDS-Studie dokumentiert das an mehreren Beispielen. Hinzu kommt: Die polizeiliche Kriminalstatistik meldet andere Zahlen als der Verfassungsschutz, der Bund andere als die Länder, die Zahlen der Länder selbst differieren in teilweise groteskem Maß.

„Noch immer gilt anscheinend bei vielen Polizeibehörden die Devise, nicht die Opfer rechter Gewalt zu schützen, sondern den „guten Ruf“ ihrer Gemeinde, ihrer Stadt, ihres Landes. Die Bagatellisierung rechter Gewalt ist nicht geringer geworden“, so Ulla Jelpke. „Polizei und Verfassungsschutzbehörden scheinen strukturell unfähig (oder unwillig?), rechte Gewalt angemessen zu erfassen und zu bekämpfen. Das wird durch die vorliegende Studie zweifelsfrei dokumentiert.

Mein Fazit daraus: Wir brauchen endlich eine unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, eine Beobachtungsstelle, wie sie die EU schon lange hat.“

Ulla Jelpke ■

Kurze Auszüge aus dem Bericht auf Seite 8

„Paneuropa-Tage" in Saarbrücken

Saarbrücken. Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Peter Müller (CDU), Anfang 1999 Interviewpartner der „Jungen Freiheit", finden vom 7. bis 9.Juni die „28. Paneuropa-Tage" der „Paneuropa-Union" in Saarbrücken statt. Die diesjährige Veranstaltung findet unter dem Motto „Paneuropa – Wende für ganz Europa" in der Saarbrücker Congresshalle statt. Neben zahlreichen Vertretern der „Paneuropa-Union" aus verschiedenen europäischen Ländern, sprechen in diesem Jahr u.a. der Bürgermeister der luxemburgischen Stadt Forbach, Charles Stirnweiss, der ehemalige kroatische Außenminister, Dr. Mate Granic, der „Criticon"- und „Ostpreußenblatt"-Autor, Jürgen Liminski, der ehemalige slowenische Premierminister, Alojz Peterle und der Landrat im polnischen Oppole, Joachim Czernek. Thematisch geht es den Paneuropäern in diesem Jahr um „Die Familie – Wahlkampfmunition oder Schicksalsfrage ?" und um „Konvent am Kreuzweg – welche Verfassung für Europa ?". Im Anschluss an die Diskussionsveranstaltungen findet die Bundesdelegiertenversammlung der „Paneuropa-Union" statt. Präsident der „Paneuropa-Union" ist zur Zeit der CSU-Europaparlamentarier Bernd Posselt, zugleich Vorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft". *hma* ■

Neue „JF"-Kampagne

Berlin/Düsseldorf. Mit einer „Verfassungsbeschwerde gegen Nordrhein-Westfalen" vor dem Bundesverfassungsgericht, einem Schreiben nebst Dokumentation an alle Abgeordnete im NRW-Landtag, Protestbriefen an NRW-Ministerpräsident Clement (SPD) und einem „Appell für die Pressefreiheit. Gegen die Verletzung demokratischer Grundrechte durch den NRW-Verfassungsschutz" hofft die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" zu erreichen, das sie künftig nicht mehr im sog. „Verfassungsschutzbericht" des Landes NRW aufgeführt wird. In einem Schreiben an alle Bezieher seines Blattes verbreitet „JF"-Chefredakteur Dieter Stein Optimismus: „Bitte helfen Sie mit, daß es gelingt, die Verleumdungstaktik des NRW-Verfassungsschutzes zu durchbrechen. Ich glaube, wir sind kurz vor dem Ziel, wenn alle anpacken". Gleich mitversandt wird eine mit eigenen Kommentaren versehene Dokumentation des „skandalösen Kapitels" über die „Junge Freiheit" aus dem aktuellen „Verfassungsschutzbericht", ein „Argumentationspapier" nebst Anschriften von NRW-Ministerpräsident Clement und seinem Innenminister, Fritz Behrens. „Nach seiner Erfahrung" seien „Spitzenpolitiker erstaunlich schlecht informiert, was in ihrem eigenem Haus vorgeht", so Stein in seinem Anschreiben. „Sie können fest davon ausgehen, daß Ministerpräsident Wolfgang Clement überhaupt nicht weiß, daß die „Junge Freiheit" im Visier seines Innenministeriums steht. Und falls doch, sind ihm einzelne Details nicht bekannt.", so der „JF"-Chefredakteur. „Bei Ihrem Brief müssen Sie von diesem Standpunkt ausgehen: Wolfgang Clement weiß nicht, welche Grundrechtsverstöße von seinem Innenminister verantwortet werden".

An der Durchführung einer Verfassungsbeschwerde gegen das Land NRW vor dem Bundesverfassungsgericht soll neben dem ehemaligen Bundesvorsitzenden des „Bund Freier Bürger", Manfred Brunner, auch der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl (FDP) mitwirken. Durch die Hinzuziehung eines früheren Generalbundesanwaltes verspricht sich die „JF" ein „öffentlich zusätzliches Gewicht". Mit einer nicht unmöglichen Herausnahme der „Jungen Freiheit" aus dem NRW-"Verfassungsschutzbericht" dürfte denn auch der letzte Rest des kläglichen „Aufstands der Anständigen" in sich zusammenbrechen. *hma* ■

Hude steht zu Carl Diem

Hude. Bereits 1999 war die Gemeinde Hude bei Oldenburg in die Schlagzeilen geraten, als in dem Ort eine heftige Diskussion um die von Ludendorff-Anhängern gegründete „Ahnenstätte Hilligenloh" entbrannt war.

Nun hat die Gemeinde ein weiteres Mal ihre Unwilligkeit unter Beweis gestellt, sich von reaktionärem Ballast zu trennen. Ein von SPD und „Grünen" unterstützter Antrag auf Umbenennung einer Straße, die nach dem früheren NS-Sportfunktionär Carl-Diem benannt ist, wurde nun von der CDU-Mehrheit abgelehnt. „Schließlich könne man nicht alle Straßen nach „Political-Correctness-Punkten" umbenennen", so ein Thorsten Thümler von der örtlichen CDU. Andere Gemeinderäte hätten zwar die Argumentation für die Umbenennung der Straße nachvollziehen können, stellten aber den Wunsch von Anwohnern, den Straßennamen zu behalten, in den Vordergrund.

NWZ 27.4.02 - hma ■

Befreiungsfeiern am Niederrhein

Düren/Mönchengladbach. Für Rechte jeglicher Couleur ist der 8. Mai 1945 der Tag der „Kapitulation" oder der „Niederlage". Für Antifaschistinnen und Antifaschisten hingegen gilt dieses Datum als der Tag der Befreiung von Hitler-Faschismus und Krieg. Warum soll man diesen Tag also nicht auch offensiv feiern, dachte sich die Antifa Düren und begann vor einigen Jahren aus Anlass des 8. Mai „antifaschistische Befreiungsfeiern" durchzuführen. Mittlerweile gehört dieses Fest in Düren zur Tradition. So auch in diesem Jahr. Knapp 200 überwiegend junge Leute feierten nun zum fünften Mal mit der Antifa Düren im Jugendzentrum „Multikulti" unter dem Motto „Smash Fascism!" das Fest zum Tag der Befreiung. Mit dabei die Hiphop-Band „Microphone Mafia" aus Köln, „itchipoopzkid" aus Stuttgart, „Peter F. Group" und „Nippelfarm" aus Düren und „Cheese&Onion" und die „Pecadoras" aus Jülich. Auch in Mönchengladbach gab es nun erstmals ein solches Fest zum 8. Mai. Unter dem Motto „Talking is over, Party is on!" und dem Logo „Good Night White Pride" feierten „Blockbuster – Jugend gegen Rassismus" und VVN-BdA Mönchengladbach im Zentrum des „Bund der Aleviten". Die Beteiligung übertraf alle Erwartungen. Knapp 300 Menschen nahmen an dem Fest teil und hörten die Bands „Settle the Score", „Rapido", „Hardflip" und „U.W.E.". Selbstverständlich gab es auf beiden Veranstaltungen auch Infostände, Büchertische, Ausstellungen und natürlich jede Menge Diskussionen.

Da alle Bands zugunsten der Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Arbeit vor Ort auf eine Gage verzichteten, sind Befreiungsfeiern dieser Art auch eine gute Möglichkeit, die ohnehin schmalen Kassen der teilnehmenden Gruppen wieder für kommende Aktionen zu füllen. *VVN-BdA MG* ■

Ohrfeige für Schily und den Verfassungsschutz

Berlin. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes wird erst nach den Wahlen im Herbst über den weiteren Fortgang im NPD-Verbotsverfahren befinden. Das Gericht teilte in einer Presseerklärung mit, es wolle am 8. Oktober einen Erörterungstermin zu den Einsätzen von V-Männern ansetzen. Das Gericht erwarte sich dann Aufschlüsse über die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit den im Verbotsantrag gegen die rechtsextreme NPD genannten Zeugen.

Zur dieser Entscheidung erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist eine neuerliche Ohrfeige für Schily und die Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern. Die NPD kann jetzt zur Bundestagswahl kandidieren

und ihre antisemitische und rassistische Hetze weiter verbreiten, ohne durch das laufende Verbotsverfahren in irgendeiner Weise beeinträchtigt zu werden.

Schily und die VS-Behörden müssen das Netz ihrer V-Leute in der NPD und ihrem Umfeld vollständig offen legen. Was von der PDS von Anfang an gefordert worden war, dazu zwingt sie nun Karlsruhe. Die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, sowohl die aktuellen wie auch frühere V-Leute in der NPD offen zu legen, ihre Führungsakten zu erörtern etc. bringt hoffentlich auch Licht in das trübe Zusammenspiel von VS-Ämtern und Neonazis. Ich verweise auf Mecklenburg-Vorpommern, wo der VS die Aufklärung ausländerfeindlicher Gewalttaten offenbar behinderte, um V-Leute zu werben bzw. zu schützen. Ich vermute, das war kein Einzelfall.

Die skandalöse Vertuschungstaktik von Schily, den Länder-Innenministern und den Verfassungsschutz-Ämtern im NPD-Verbotsverfahren ist endgültig gescheitert.

Der Schaden, den diese Ämter durch ihr jahrzehntelanges V-Leute-Unwesen in der NPD und ihrem Umfeld angerichtet haben, wird immer größer. Daraus müssen endlich Konsequenzen gezogen werden. Eine davon steht für mich schon fest: Den Verfassungsschutzämtern muss das Anwerben und die Führung von V-Leuten ein für alle Mal verboten werden.

Ulla Jelpke ■

Rechtsextremisten kaufen Schloss in Sachsen-Anhalt

KÖNNERN. Der Rechtsextremist Steffen Hupka will offenbar im sachsen-anhaltischen Könnern ein Schulungszentrum für Gesinnungsgenossen aufbauen. Nach Informationen des „Stern" hat der Landkreis das Anwesen in Trebnitz bereits im März vergangenen Jahres für 100.000 Mark an den langjährigen NPD-Kreisvorsitzenden Uwe Meenen aus Würzburg verkauft. Dieser ist auch Führungsmitglied des als rechtsextremistisch eingestuften „Deutschen Kollegs" von NPD-Anwalt Horst Mahler. Gegen beide ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung. Die Zusammenarbeit zwischen Hupka und Meenen ist insofern überraschend, als Hupka von der NPD wegen zu großer Militanz im vergangenen Jahr ausgeschlossen worden ist.

Das Schloss ist von der „Deutsche Grundstücksauktionen Berlin" öffentlich versteigert worden, nachdem zuvor kein Käufer für das Objekt gefunden werden konnte. Nachdem das Landratsamt vom Innenministerium Sachsen-Anhalts auf Meenens politische Heimat hingewiesen wurde, hatte man versucht, vom Kaufvertrag zurückzutreten. Das Landgericht Dessau hat dieses Ansinnen in einem Urteil vom November 2001 jedoch abschlägig beschieden. Damit sind die Rechtsmittel derzeit ausgeschöpft, so dass keine Handhabe gegen die Pläne der Rechtsextremisten besteht.

Anwohner berichten – so der „Stern": „Die planen große Seminarräume. Auch eine Gaststätte mit Biergarten und Wohnungen sollen entstehen." Schlossnutzer Hupka versucht seit seinem Ausschluss offensichtlich neue Strukturen aufzubauen, sicher auch mit Blick auf ein eventuelles Verbot der NPD.

Stern Nr. 20, 8.5.02 – u.b. ■



Neue Heimat für Rechte: Schloss Trebnitz

Schill-Parteitag ausgefallen

HAMBURG. Am 11. Mai sollte der erste Bundesparteitag der Schill-Partei in Hamburg stattfinden. Bereits nach einer Stunde war er beendet! Die notwendige Mindestzahl von Mitgliedern wurde um etwa 250 verpasst – der Parteitag war beschlussunfähig. Unterdessen wird die Auseinandersetzung um die Wahlbeteiligung aggressiver; Schill und der Hamburger Vorstand lehnen sie aus strategischen Gründen ab, zahlreiche Mitglieder v.a. aus NRW und Niedersachsen wollen sie unbedingt. Der Vorstand versucht, die Entscheidung hinauszuzögern, weil er sich über ihren Ausgang nicht sicher ist. Aus Hamburg wurden wenig Mitglieder mobilisiert, die Parteisprecherin Karina Weber sagte zum Folgetreffen in vielleicht vier Wochen: „Allein aus zeitlichen Gründen klappt es mit der Wahl dann nicht mehr." Die Wahlbefürworter geben indes nicht auf, wie sich an ihrem z.T. aggressiven Verhalten auf dem Parteitag zeigt. Wenn Schill schon nicht kandidieren wolle, so heißt es aus diesen Kreisen, „dann soll er uns bundesweit kein Bein stellen." Wie immer dieser Streit ausgeht, er wird der Partei voraussichtlich Schaden zufügen.

F ■

CDU-Stiftung zu Schill

HAMBURG. Mittlerweile befassen sich auch die Politikberater der CDU mit der Schill-Partei. Eine Analyse der „Konrad Adenauer-Stiftung" skizziert ihren Aufbau und die Protagonisten erstaunlich detailliert. Zustimmung erntet der Hamburger Koalitionsvertrag; in Schutz genommen wird die Partei auch: Es „gibt keine Hinweise auf eine ausländerfeindliche Einstellung Schills". Skepsis herrscht dort, wo die Zukunftsaussichten der Schill-Partei prognostiziert werden. Mit der Niederlage von Sachsen-Anhalt sei eine „Phase der Ernüchterung und Entzauberung" eingetreten, von der sich noch nicht sagen lasse, ob sie überwunden werden könne. Die Studie will gar „erste Ermüdungs- und Zerfallserscheinungen" wahrgenommen haben. Insbesondere die Notwendigkeit, von einer Ein-Themen-Partei (Innere Sicherheit) zu „einem breiteren Themenangebot" zu kommen, stelle die Partei vor größere Probleme, genauso wie der bundesweite Parteiaufbau durch „Engpässe an politik- und verwaltungserfahrenem Personal".

F ■

Urteile gegen Nazis

SCHWERIN. Im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die Nazis, die 1992 das AsylbewerberInnenheim in Boizenburg mit Brandsätzen und Steinen angegriffen hatten, wurde ein VS-Skandal publik: Der Verfassungsschutz von Mecklenburg-Vorpommern hatte 1994 die Staatsanwaltschaft veranlasst, die Ermittlungen gegen zwei der Täter zu stoppen, weil Anwerbeversuche liefen.

Das Landgericht verurteilte zwei Angeklagte wegen Beihilfe zu versuchtem Mord und versuchter schwerer Brandstiftung zu eineinhalb und einem Jahr Haft auf Bewährung.

gammanews ■

Zittau: Nazi-Verein NJB bekommt Zustimmung

ZITTAU. Es ist schon echt komisch, was im ostsächsischen Zittau vor sich geht. Da bekommt ein Nazi-Verein, der vom Sächsischen Verfassungsschutz letzte Woche die Nazi-Haftigkeit bestätigt bekommen hat (Verfassungsschutzbericht 2001) ein Haus auf der Südstraße von der Stadt per Erbbaupachtvertrag über ganze 33 Jahre und eine Bürgerinitiative unterstützt dieses Vorhaben.

Dieser Erbbaupachtvertrag ist praktisch unkündbar und die Nazis haben eigentumsähnliche Rechte. Zudem besitzen die Nazis, sozusagen als Ausweichquartier eine große Villa auf der Zittauer Lessingstraße auf Mietsbasis, denn die Stadt kündigte das erste Haus (Südstraße) im Mai 2001 wegen Baufälligkeit und gaben den Nazis am 26.10.01 das Haus per unkündbaren Pachtvertrag. Dieser wurde beanstandet und danach nicht aufgehoben! Zwei Häuser nach etwa 10 Jahren Trubel und Trouble mit den Nazis aus Zittau und Umgebung.

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Mit der Südstraße sind fast alle ZittauerInnen zufrieden, außer diejenigen, die einmal Opfer der Nazis wurden oder die man noch als liberal bezeichnen kann. „Dort stören die doch niemanden“ so lautet das Standard-Argument der Befürworter und so gibt es seit kurzem eine Vereinigung namens „Eigeninitiative Lessing“, die jetzt die Nazis von der Lessingstraße weghaben will. Diese fordert von der Stadt Zittau, die Nazis zurück in die Südstraße zu schicken, weil diese eine Bedrohung für die AnwohnerInnen darstellten. Der Oberbürgermeister will aber keinen Erbbaupachtvertrag mit dem NJB auf der Südstraße. Das ist nämlich noch nicht ganz gegessen, vielmehr muss jetzt das Landratsamt entscheiden, ob der NJB jetzt zwei oder ein Haus hat.

Diese Initiative, gegründet von Zittauer BürgerInnen, bezeichnet die Nazis als integrierten Teil der Bevölkerung, der eben etwas kompliziert sei. So sind durchschnittlich etwa 150 Nazis in der Lessingstraße, diese machen auch Lärm und sind den Anwohnern jetzt ein Dorn im Auge. Die Initiative will die Nazis vielmehr in die Südstraße zurück.

Es geht hier keinesfalls um die Sorgen und Nöte von potentiellen Opfern der Nazis, wie zum Beispiel Nichtdeutsche StudentInnen der Zittauer Hochschule, die auch schon öffentlich versuchten auf sich aufmerksam zu machen. Diese bekamen eine Abfuhr, denn das Öffentlich-Machen der Zittauer Verhältnisse trägt nicht zum positiven Image bei. Den Nazis dagegen wird dazu verholfen sich auszubreiten und sie bekommen die Legitimation jetzt auch noch von den BürgerInnen.

Die Zittauer Polizei und die Justiz spielen mit. Die Polizei verschweigt ab und zu rassistisch motivierte Straftaten und die Justiz verurteilt Nazis für Schwere Körperverletzungen zu einer geringen Geldstrafe, wie im letzten Fall, wo es um Übergriffe vor drei Jahren ging. Auch wurde ein Nazi für versuchten Mord nur zu fünf Jahren Haft verurteilt, wobei er die Strafe bei guter Führung auf lediglich 3 Jahre reduzieren kann. Druck von Außen auf Zittau sehen die lokalen Image-Fans als Bedrohung. Doch ist es die einzige Möglichkeit auf diese Verhältnisse einzuwirken.

ag-zittau , 16.05.2002
ag-zittau@gmx.net ■

Zahl der antisemitischen Straftaten in Berlin steigt

BERLIN. Das ehemalige „Israelitische Krankenheim“ der orthodoxen Jüdischen Gemeinde Adass Jisroel an der Torstraße (Mitte) ist von Unbekannten verwüstet worden. Wie die Gemeinde mitteilte, wurden das gesamte Mobiliar und Scheiben „systematisch zerstört“.

Dabei seien unter anderem „geschichtliche Zeugnisse unersetzbar vernichtet“ worden. Anders als bei anderen jüdischen Einrichtungen war Gemeindeangaben zufolge die Bewachung des Gebäudes „vor geraumer Zeit eingestellt worden“. Der neue Vorfall reiht sich ein in eine ganze Kette antisemitischer Straftaten. Bereits in den ersten drei Monaten dieses Jahres sind dem polizeilichen Staatsschutz in Berlin 33 antisemitische Vorfälle bekannt geworden. Bis Anfang Mai ist diese Zahl nach Informationen der „Berliner Zeitung“ auf rund 50 Fälle angestiegen. Damit wurden während der ersten vier Monate dieses Jahres fast genauso viele antisemitische Straftaten wie im ganzen Jahr 2000 registriert. Besonders wegen des Nahostkonfliktes wird für 2002 damit gerechnet, dass die Zahl des Vorjahres deutlich überschritten wird. 2001 waren 106 antisemitische Straftaten festgestellt worden.

„Medienwirksame Ereignisse wie die Eröffnung des Jüdischen Museums, der Bau des Holocaustmahnmales sowie die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis in Nahost haben verstärkt anonyme Briefeschreiber zum Handeln veranlasst“, heißt es im Bericht zur Kriminialitätsstatistik. Die Mehrzahl dieser Schreiben würden an den in Berlin ansässigen Zentralrat der Juden in Deutschland sowie an die Jüdische Gemeinde Berlin adressiert.

Besonders beunruhigt ist die Gemeinde, dass von den Anschlägen auf jüdische Einrichtungen bislang kein einziger aufgeklärt worden sei. Ohnehin würden viele antisemitischen Vorfälle gar nicht erst angezeigt, berichtete das Zentrum demokratische Kultur. Da gibt es das Poesiealbum, in dem eine Schülerin als ihren größten Wunsch beschreibt, auf die Realschule zu kommen und „dass alle Juden sterben“. „Das ist ein Judenladen“, sagte ein anderer Schüler beim Anblick einer Kaufhaustüte eines großen Warenhauses. Eine Gruppe Jugendlicher pöbelte in einer gut besetzten S-Bahn Fahrgäste mit antisemitischen Sprüchen an. Ein junger Mann, der dazwischenging, wurde attackiert und musste im Krankenhaus behandelt werden.

Die Sicherheitsmaßnahmen für das Jüdische Krankenhaus in Wedding sind jetzt deutlich verschärft worden. Die Heinz-Galinski-Straße, in der sich das Krankenhaus befindet, bleibt für den Verkehr gesperrt.

www.amadeu-antonio-stiftung.de ■

Schröder+Walser für die Nation

BERLIN. Ausgerechnet am 8. Mai, dem Tag der Befreiung der Welt vom Nationalsozialismus, unterhielten sich Gerhard Schröder und Martin Walser auf einem SPD-Forum ganz ungezwungen über Nation und Patriotismus. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Zeit-Journalisten Christoph Diekmann, der erst kürzlich in einem Artikel darüber räsoniert hatte, ob die Nazis nicht eigentlich durch den „jüdischen Volkserweckungsglauben“ inspiriert gewesen seien. Das Bündnis gegen Antizionismus und Antisemitismus protestierte mit einer Kundgebung gegen die Veranstaltung. ■



Neue „Rechtsrock“- Combo SIEGNUM

MANNHEIM. Mannheim hat eine neue Fascho-Skin-Bands. Die vierköpfige Band SIEGNUM stellt sich seit Februar auf ihrer Internetseite ihren Fans und der Welt vor. Als Vorbilder der Band werden die Jungs der ehemaligen Mannheimer Fascho-Band *Tonstörung* genannt, die sich schon vor einigen Jahren nach einem aufsehenerregenden Prozess wg. Volksverhetzung auflösten und sich teilweise dem Drogenhandel widmeten. Benannt haben sich Siegnum allerdings wohl eher nach einem Lied der *Böhsen Onkelz* mit dem schönen Titel „Siegnum des Verrats.“ Weitere Vorbilder sind Ian Stewart und Rudolf Hess, denen auf der Heimseite eine eigene Rubrik gewidmet ist. Im Gästebuch tummelt sich z.B. Christian „Hehli“ Hehl gibt seinen Senf zu Tonstörung ab (sind seiner Meinung nach vor der Justiz gekrochen) und lobt aber ansonsten das Projekt. Angekündigt wird auch eine neue Ausgabe der ‚Deutschen Offensive‘ (Jubiläumsnummer 10). Bleibt abzuwarten, wie lange die Heroen von Siegnum sich gegen die Unbilden der demokratischen Justiz und der antifaschistischen Verfolgung werden behaupten können.

Quelle:www.juz-mannheim.de ■

Frankreich: Wer stimmt für die extreme Rechte – und warum?

Zweiteilige Analyse – Erster Teil : Politische und soziale Faktoren

Wahltermine stellen ein ernstes Problem dar für Zeitschriften, die ihren Redaktionsschluss - wie diese - am Montag früh haben. Denn bis zur Drucklegung der entsprechenden Ausgabe liegen oftmals nur unvollständige oder noch nicht aussagekräftige Resultate vor. Dies gilt insbesondere im französischen Falle, denn in Frankreich wird die Rechnung noch dadurch verkompliziert, dass geographisch weit entfernte Gebiete mitwählen, in denen aufgrund der Zeitverschiebung auch noch eine andere Uhrzeit herrscht: die französischen Überseeterritorien wie bspw. Polynesien, Guyana, einige Antillen-Inseln oder La Réunion. Amtliche Endergebnisse liegen daher oftmals nicht vor Montag am frühen Nachmittag vor.

Aus diesem Grund war die Aussage in der vorherigen Ausgabe der AN, wonach die extreme Rechte Frankreichs sich zwischen dem ersten und dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl von 5,4 auf 5,8 Millionen Stimmen habe steigern können, noch nicht überprüfbar. Sie basierte auf vorläufigen Hochrechnungen, die am Montag früh gegen 9 Uhr vorlagen. Doch sie erwies sich am Ende als unzutreffend. Real konnte der Präsidentschaftskandidat Jean-Marie Le Pen sich gegenüber dem Ergebnis, das beide rechtsextremen Kandidaten (er selbst und Bruno Mégret) zusammen im ersten Wahlgang am 21. April erzielt hatten, in der Stichwahl am 5. Mai nur um rund 53.000 Stimmen verbessern.

Am 21. April erhielt Jean-Marie Le Pen 4,771 Millionen Stimmen in der Metropole (d.h. dem europäischen Landesteil Frankreichs) und zusätzlich 34.230 Stimmen in den Überseegebieten, in denen rund eine Million WählerInnen mitstimmen. Insgesamt kam er auf 4,805 Millionen Stimmen. Das entspricht einem Durchschnitt von 17,19 Prozent für das europäische Frankreich und von 16,86 Frankreich für die Gesamt-Wählerschaft (aber nur 4,58 Prozent in den Überseegebieten).

Bruno Mégret seinerseits erhielt am 21. April dieses Jahres 661.440 Stimmen in der Metropole und insgesamt 667.123 Stimmen. Das entspricht einem Anteil von 2,38 Prozent in der Metropole bzw., rechnet man ihn auf das Wahlgebiet mitsamt Übersee-Frankreich hoch, 2,34 Prozent der Wähler.

In der Stichwahl am 5. Mai kommt Jean-Marie Le Pen auf 5,446 Millionen Stimmen in der Metropole (18,04 Prozent) und rund 79.000 Stimmen in den Überseegebieten. Das entspricht insgesamt 5,526 Millionen Stimmen oder 17,79 Prozent. Der Zuwachs seiner Stimmenzahl gegenüber dem Gesamtergebnis von Le Pen / Mégret am 21. April beträgt damit genau 53.477 Stimmen.

Aber wer sind nun die Wähler und Wählerinnen des bzw. der rechtsextremen Kandidaten, wo kommen sie her, und was sind die Themen, die sie anziehen?

Die politische Herkunft der Le Pen-Wähler

Die extreme Rechte konnte in diesem Jahr vorwiegend auf dem gesellschaftlichen Sockel aufbauen, den sie bereits um die Mitte der Neunziger Jahre erreicht hatte. Zwar gewann sie in Prozent- und auch in absoluten Stimmenzahlen im Vergleich zur Präsidentschaftswahl 1995 hinzu. (Damals erzielte Jean-Marie Le Pen 4,57 Millionen Stimmen und einen Wähleranteil von 15 Prozent.) Zwischen den beiden Präsidentschaftswahlen gewann sie rund 900.000 Stimmen hinzu.

Doch resultiert dieser Zuwachs wahrscheinlich vorwiegend auf einem Transfer von Stimmen, die bis dahin für die EU-feindliche, nationalkonservative Rechte abgegeben wurden. Der rechtsbürgerliche Kandidat Philippe de Villiers hatte 1995 noch über 1,4 Millionen Stimmen (4,74 Prozent) erzielt, und dessen gemeinsame Liste mit dem Nationalpopulisten Charles Pasqua erreichte bei den Europaparlamentswahlen 1999 über zwei Millionen Stimmen (und 13,05 Prozent).

Eine Wahlauswertung des Figaro (vom 23. April 02) hat ergeben, dass 27 Prozent jener Wähler, die eine Nähe zu den Ideen von Charles Pasqua bekunden, im ersten Wahlgang für Le Pen stimmten. Aber auch 26 Prozent derer, die der ultraliberalen Partei Démocratie Libérale (DL) von Alain Madelin – dessen erklärtes Vorbild der italienische Regierungschef und Kopf einer Rechts-Rechts-Allianz Silvio Berlusconi darstellt – votierten für den Rechtsextremen. Obwohl Madelin selbst zur Präsidentschaft kandidierte; er erhielt freilich – den Voraussagen gemäß – nur 3,9 Prozent der Stimmen.

Ferner erhält Le Pen 19 Prozent der Stimmen unter jenen, die angeben, „keiner Partei nahe zu stehen", und 11 Prozent jener, die eine Nähe zum neogaullistischen RPR bekunden. Problematischer erscheint die Zahl von 13 ↓

VVN Landeskonferenz Baden – Württemberg am 27. und 28. April in Karlsruhe

Der Samstagnachmittag der Konferenz war geprägt durch das Referat von Reinhard Kühnl zum Thema: „Krieg und Frieden in unserer Zeit". Kühnl schlug einen Bogen von Weltkrieg 1 zu heute. Er bediente sich dabei in seiner bekannten anschaulichen Art klassischer Begriffe und Kategorien der Analyse – klassisch im Sinne des Marxismus. Der Aussage „Kriege gibt es schon immer" setzte er die Aussage entgegen: „Kriege gibt es schon lange, aber nicht schon immer. Kriege gab es erst vor rund 5000 Jahren mit dem Entstehen der Klassengesellschaften. Vorher hatte die Menschheit Millionen von Jahren ohne Kriege gelebt."

Solche Berichtigungen umlaufender Meinungen sind m.E. wichtig, weil sie scheinbare Selbstverständlichkeiten, die auch die rotgrüne Propaganda verbreitet, gerade rückt.

Kühnl zeigte im weiteren – konsequent dialektisch und marxistisch – einen wichtigen Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft auf: Während sie auf der einen Seite die Abschaffung des Krieges als Mittel der Politik verspricht (siehe Kants Traktat zum ewigen Frieden), schafft sie fortwährend die Logik der Konkurrenz, die zwangsläufig zum Kriege führt.

Die bürgerliche Gesellschaft verspreche, Gewaltbeziehungen durch Rechtsbeziehungen zu ersetzen. In diesem Sinne werde auch 1945 der Angriffskrieg als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geächtet. Die politische Realität der letzten Jahre und Jahrzehnte zeige aber, dass dieses Völkerrechtsprinzip mehr und mehr durch das „Prinzip der neuen Weltordnung", vertreten durch die USA, ausgehöhlt und ersetzt werde. Dem müsse durch Widerstandskräfte, die Kühnl wohl hauptsächlich im europäischen Kulturkreis sieht –jedenfalls klang das beim Referat so (d.Verf.) – die Stirn geboten werden.Rosa Luxemburgs „Sozialismus oder Barbarei" sei immer noch aktuell.

An dieser Stelle wurde aus meiner Sicht die Kritik etwas zu „US-lastig" und die Vorschläge für den Widerstand etwas zu traditionell. Die Befassung auch mit außereuropäischen emazipatorischen Ansätzen der Widerstandsbewegung – z.B. aus dem Nahen Osten – könnte da hilfreich sein.

Alles in allem aber ein sehr gelungenes Referat, wie bei Kühnl nicht anders zu erwarten.

Das Referat und die ganze Konferenz verfolgten deutlich mehr Mitglieder, als zur letzten Landeskonferenz kamen. Vertreten waren 19 Kreisverbände aus Baden-Württemberg, darunter auch etliche junge Leute.

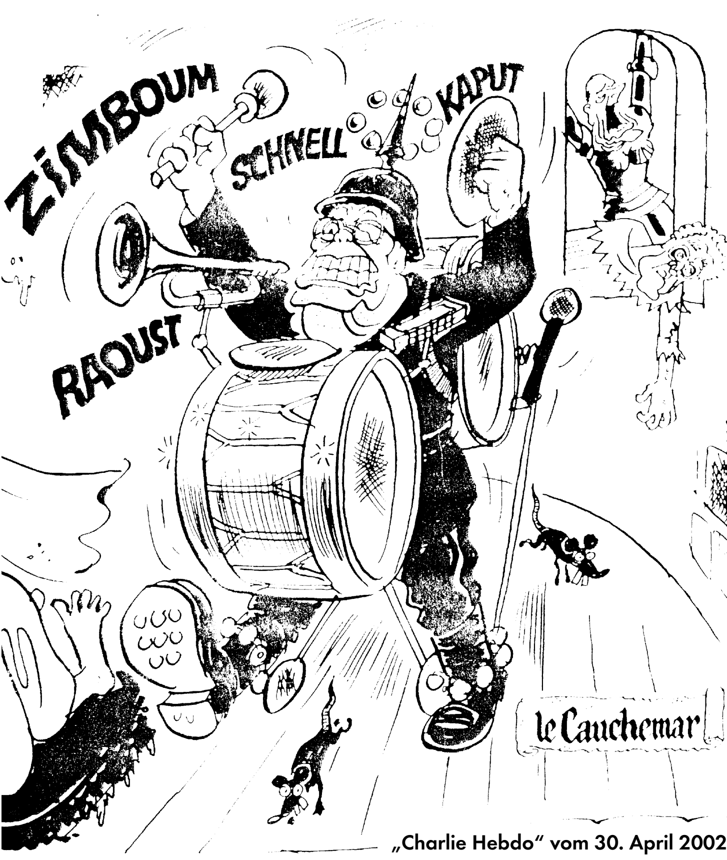
Also: wer möchte, kann bei der VVN-BdA interessante Diskussionen erleben und vielfältige antifaschistische Aktivitäten einbringen. Die Adresse der VVN-BdA Baden-Württemberg im Internet:

www.vvn.telebus.de. *heb* ■

Prozent Le Pen-Wählern unter jenen, die von sich angeben, politische Sympathien „für die radikale Linke“ zu besitzen. Sie ist mit Vorsicht zu genießen, da die konservativen Medien – wie gerade der „Figaro“ –, aber auch beispielsweise die linksliberale „Libération“ im Vorfeld der Wahlen eine ekelhafte „Extremismus“-Kampagne betrieben. In dieser wurden Linksradikale und Marxisten auf der einen Seite mit den Anhängern des Rassisten Le Pen andererseits munter gleichgesetzt, da beide antibürgerliche Kräfte und Demokratiefeinde seien. Das ist politisch blanker Unsinn.

Dennoch erscheint eine solche Angabe, als (unkontrollierte) Selbstbezeichnung von Le Pen-Wählern, durchaus plausibel oder jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Sie wäre der Ausdruck eines ziemlich diffusen Selbstverständnisses als „Systemgegner“, die den Oppositionellen von der anderen Seite irgendwie die Hand reichen könnten. Von den FN-Wählern selbst kann man nun nicht gerade erwarten, dass sie sich als Erste über den Unsinn dieses Vergleichs und die Pervertierung der sozialen Revolte durch die autoritäre, rassistische und faschismusnahe extreme Rechte bewusst werden. Es stimmt auch, dass es in einem – sehr minoritären – Randbereich der Wählerschaft der marxistischen Präsidentschaftskandidatin Arlette Laguiller (eine von zwei erfolgreichen linksradikalen, trotzkistischen Bewerbern bei der jüngsten Präsidentschaftswahl) Überschneidungen mit dem Le Pen-Publikum gibt. Nämlich in Form einer Minderheit von Wählern, die tatsächlich zwischen beiden Stimmabgaben zögern. Allerdings ist dieses Phänomen mitnichten repräsentativ für die linksradikale Wählerschaft als solche. Ferner tritt es bei Lutte Ouvrière (LO, Arbeiterkampf) und ihrer Kandidatin Arlette Laguiller tendenziell eher auf als bei ihrer linken Konkurrenz von der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR). Dies, weil LO stärker durch einen rein ökonomistischen Diskurs – gegen die Ungerechtigkeit der materiellen Verteilung in der Gesellschaft – hervortritt, während die andere linksradikale Partei eher als Kraft mit einem umfassenden gesellschaftlichen Programm wahrgenommen wird, das auch Antirassismus, Antifaschismus, Gleichberechtigung sexueller Minderheiten und andere gesellschaftpolitische Bereiche umfasst.

Auf jeden Fall steht fest, dass diese (oberflächliche) Sympathieäußerung für die Linksopposition zwar in einem, diffus „Protest“ wählenden Teil der Le Pen-Wählerschaft verbreitet sein mag – es aber umgekehrt in der Linkswählerschaft kaum oder keine „rot-braune“ Überschneidung gibt. Glaubt man der Analyse von „Libération“ (vom 7. Mai 02) bezüglich der Wählerwanderung zwischen den beiden Wahlgängen, dann haben jeweils Null Prozent der WählerInnen der linksradikalen Parteien LO und LCR sowie der KP aus dem ersten Wahlgang in der Stichwahl für Le Pen gestimmt. (Dem konservativen „Figaro“ zufolge hingegen beträgt diese Wanderung von LO/LCR bzw. der KP zum Votum für Le Pen in der Stichwahl zwischen 4 und 5 Prozent. Allerdings erwecken die „Figaro“-Zahlen stark den Anschein, – aus politischen Gründen? – in gewissem Maße „frisiert“ worden zu sein, dazu unten mehr.)



„Charlie Hebdo“ vom 30. April 2002

Die soziale Herkunft des Le Pen-Publikums

In sozialer Hinsicht gleicht die Zusammensetzung der Le Pen-Wählerschaft weitgehend jener von 1995. Ähnlich wie damals hat Jean-Marie Le Pen in den sozial schlechter gestellten Schichten am stärksten abgeschnitten. Rund 25 Prozent der Arbeiter – nach einer engen soziologischen Definition als „blaue Kragen“/Fabrikarbeiter – und 30 Prozent der Erwerbslosen stimmten, der Mehrzahl der Wahlanalysen zufolge, für den rechtsextremen Kandidaten. Jedenfalls unter jenen Arbeitern und Arbeitslosen, die überhaupt die französische Staatsbürgerschaft haben. Und die sich auf die Wählerlisten eingeschrieben haben, was in Frankreich die Voraussetzung ist, um überhaupt als Wahlberechtigter mitgezählt zu werden. Ferner ist die Wahlenthaltung in diesen Teilen der Gesellschaft besonders hoch. Dies relativiert die Stimmabgabe für Le Pen in diesen, sozial schlecht gestellten Teilen der Gesellschaft.

Der Wahlauswertung durch die Wirtschaftszeitung „La Tribune“ zufolge stimmten 24 Prozent der Arbeiter (in o.g., enger Definition) im ersten Wahlgang für Le Pen, weitere 4 Prozent für Mégret. Unter den Erwerbslosen waren es nach Angaben derselben Zeitung 30 Prozent für Le Pen, plus 6 Prozent für Bruno Mégret. Allerdings dürfte die Wahlbeteiligung in diesem Teil der Gesellschaft auch besonders niedrig ausfallen. Beim „Figaro“ wiederum sind es im ersten Wahlgang 30 Prozent der Arbeiter und 38 Prozent der Arbeitslosen, die für Le Pen stimmten. – Alle zitierten Ausgaben sind die vom 23. April 02.

Und nach Zahlen der linksliberalen Tageszeitung „Libération“ vom gleichen Datum waren es 26,1 Prozent der Arbeiterstimmen für Le Pen (die Mégret-Wähler sind ebenso wenig als eigene Kategorie aufgelistet wie die Erwerbslosen). Die Verteilung dabei lässt erkennen, dass – der „Libération“-Statistik zufolge – dieser Anteil unter den Arbeitern im öffentlichen Sektor unterhalb des Landesdurchschnittls liegt (14,5 Prozent) und im privaten Sektor ungefähr durchschnittlich (17,5 Prozent) ist. Nur unter den „selbständigen Arbeitskräften“ ist der Anteil mit 27,7 Prozent stark überdurchschnittlich. Dies lässt auf eine Überrepräsentation von Scheinselbständigen und prekär Beschäftigten schließen. Die Wirtschaftszeitung „La Tribune“ hatte am selben Tag oben auf ihrer Seite 1 getitelt: „Die Prekarität der Beschäftigungsverhältnisse hat die Stimmabgabe für Le Pen gefördert“. Dabei scheint diese Aussage nicht zuerst auf die Zeitarbeiter zuzutreffen, da diese in „La Tribune“ getrennt erfasst sind und (mit 20 Prozent Le Pen- plus 5 Prozent Mégret-Stimmen) knapp unterdurchschnittliche Wähler der Rechtsextremen bilden. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe : Soziale Faktoren und ihre Interpretation, die Generationen-Verteilung der rechtsextremen Wähler, Immigranten unter den Le Pen-Wählern, Gewerkschaftsmitglieder und Stimmabgabe für Le Pen

„Grenzlandarbeit muss Herzenssache sein“

Die Deutsche Burschenschaft nimmt Polen ins Visier

Wer, aus Deutschland kommend, den kleinen Ort Góra Swietej Anny in Südpolen besucht, fühlt sich zuweilen um 60 Jahre in die Vergangenheit versetzt. Die Verkäuferin im Gemüseladen spricht deutsch, Hauswände und Heiligenstatuen sind mit Hakenkreuzschmierereien versehen; und ein Einwohner des Ortes, der bis 1945 „Annaberg“ hieß und zum Deutschen Reich gehörte, begrüßt die verblüfften Ankömmlinge: „Euer Wagen hat ein deutsches Kennzeichen, ihr seid also hier keine Ausländer – wir Schlesier sind auch Deutsche wie ihr.“

In Góra Swietej Anny, auf dem ehemaligen „Annaberg“ also, fand im vergangenen Jahr ein Symposion über die „politische Entwicklung der Deutschen im Oppelner Schlesien“ statt. Veranstaltet wurde es von der Deutschen Burschenschaft, dem Dachverband von etwa 120 Burschenschaften aus Deutschland und Österreich, und von der „Burschenschaftlichen Stiftung für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa“. Unter der Leitung des Berliner Ingenieurs Wolfgang Dachsel diskutierten etwa 100 Burschenschafter, FunktionärInnen der deutschsprachigen Minderheit und deutsche „Vertriebene“ über die Geschichte des ehemaligen „Oberschlesien“ und über die heutige Situation der deutschsprachigen Minderheit in der südpolnischen Wojewodschaft Opole.

Die in Góra Swietej Anny gehaltenen Referate können jetzt in einer kürzlich erschienenen Broschüre nachgelesen werden. Neues ist aus der Publikation kaum zu erfahren. Wie zu erwarten, nimmt die Umsiedlung der Deutschen nach dem Ende des 2. Weltkrieges breiten Raum in dem schmalen Bändchen ein. „Kachelöfen mit deutschen Sinnsprüchen wie: ‚Üb immer Treu und Redlichkeit‘ wurden ruiniert“, berichtet Ewald Pollok empört, weil wütende PolInnen offenbar nicht bereit waren, die Deutschen mit Samthandschuhen anzufassen, nachdem diese auf polnischem Gebiet Millionen Menschen vernichtet und die Überlebenden als „Untermenschen“ behandelt hatten. Ansonsten bietet die Broschüre einen dünnen Überblick über die Entwicklung des Deutschunterrichtes, über die „deutsche Selbstverwaltung“, das „deutsche Kulturleben“ und die katholische Seelsorge für die „deutsche Minderheit“ in der Wojewodschaft Opole.

Bemerkenswerter als der Inhalt der Referate ist die Durchführung des Symposions selbst: Die Deutsche Burschenschaft verstärkt offenbar ihre Bemühungen um das „Deutschtum“ in Polen. Die Pflege des „deutschen Volkstums“ im In- und Ausland gehört traditionell zu den Aufgaben, denen sich Burschenschafter widmen – seit der Entstehung der „Urburschenschaft“ aus den völkischen Kämpfen gegen das napoleonische Frankreich und das Gleichheitsideal der Französischen Revolution.

„Die Sorge um das deutsche Volkstum schließt die Fürsorge dort ein, wo dessen Entfaltung bedroht oder behindert wird; das ist vornehmlich im Grenzland der Fall, wo Deutsche mit anderen Völkern oder Volksgruppen gemeinsam siedeln oder aneinandergrenzen“, ist im offiziellen „Handbuch der Deutschen Burschenschaft“ zu lesen. Halb Polen – darunter vor allem Nordostpolen (das frühere Ostpreußen) und Südwestpolen (das frühere Schlesien) – gehört für Burschenschafter zum „Grenzland“.

„Daß sich die deutschen Volksgruppen in den verschiedenen Grenzlandbereichen behaupten können, muß Herzenssache eines jeden einzelnen Burschenschafters sein“, heißt es im „Handbuch“ weiter, und es werden Möglichkeiten für die „Grenzlandarbeit“ aufgezählt: „Die Übernahme von Patenschaften über Schulen, Schülerheime, Volksmusik- und Volkstanzgruppen, die Organisation und Mithilfe bei Schülerreisen zu herausragenden Stätten deutscher Kultur, die Hilfe bei der Ausstattung von Grenzlandbüchereien und Kulturhäusern, der gegenseitige Besuch von Sportvereinen oder auch nur der Urlaubsaufenthalt im Grenzland als interessierter Tourist.“

Das ist kein naives Geplauder; die Deutsche Burschenschaft hat im Verlauf ihrer fast 200jährigen Geschichte umfassende Erfahrungen in der „Grenzlandarbeit“ gesammelt. Besonders intensiv in den Jahren nach 1919, als sie sich für eine Revision der Pariser Vorortverträge einsetzte und die verlorenen Gebiete für das Deutsche Reich zurückgewinnen wollte; Burschenschaften unterstützten dabei schon recht früh den Nationalsozialismus, der in dieser Hinsicht die radikalste Politik betrieb. Nach dem 2. Weltkrieg nahmen Burschenschafter die „Grenzlandarbeit“ unter erschwerten Bedingungen wieder auf, etwa in Ostfrankreich (dem ehemaligen „Elsaß-Lothringen“) und in Ostbelgien (früher „Eupen-Malmedy“); das prominenteste Beispiel für burschenschaftliche „Grenzlandsarbeit“ ist jedoch die Unterstützung von Burschenschaftern für das „deutsche Volkstum“ in der norditalienischen Provinz Trentino/Alto Adige, dem früheren „Südtirol“.

In Norditalien griffen die „Grenzlandsarbeiter“ auch zu terroristischen Mitteln; an den Bombenanschlägen in den 1950er und 1960er Jahren, die heute unter dem Schlagwort „Südtirol-Terrorismus“ bekannt sind, waren nicht wenige Burschenschafter beteiligt, und im Zusammenhang damit kam es sogar zum mehrjährigen Verbot der Burschenschaft Olympia Wien, die als organisatorische Zentrale des „Südtirol-Terrorismus“ galt. Dabei nimmt der „Südtirol-Terrorismus“ eigentlich nur eine alte burschenschaftliche Tradition wieder auf: Den bewaffneten „Grenzlandskampf“, wie ihn Burschenschafter nach dem 1. Weltkrieg in Südkärnten und im damaligen Oberschlesien geführt haben. Das südpolnische Örtchen Góra Swietej Anny, der frühere „Annaberg“, ist ein berühmtes Symbol für diesen bewaffneten „Grenzlandskampf“. Im Mai 1921 kam es im damaligen Oberschlesien zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen polnischen und deutschen Einheiten. Am 21. Mai gelang es deutschen Freikorps unter Beteiligung von Burschenschaftern, den polnischen Widerstand auf dem „Annaberg“ zusammenzuschießen; sie sollen dabei auch zahlreiche Zivilpersonen gefoltert und ermordet haben. Seitdem ist der „Annaberg“, auf dem die Deutschen 1934 ein „Reichsehrenmal“ für die „oberschlesischen Befreiungskrieger“ errichteten, ein Symbol für erfolgreichen bewaffneten „Grenzlandskampf“.

Genau dort haben die traditionsbewussten Burschenschafter im vergangenen Herbst ihr Symposion abgehalten. Vorerst wird die „Grenzlandsarbeit“ der Deutschen Burschenschaft noch friedlich vonstatten gehen, mit materieller Unterstützung für deutschsprachige Betriebe, Schulen und Kindergärten in Polen sowie mit politischer Zuarbeit. Denn es werde in Europa „mittelfristig noch nationale Minderheiten in einem anders gearteten nationalen Umfeld geben“, vermutet die Burschenschaftliche Stiftung für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte. Für die Zukunft, die dem „anders gearteten nationalen Umfeld“ langfristig zugedacht wird, bietet die Geschichte des „Annabergs“ interessierten Burschenschaftern ein Modell.

Jörg Kronauer ■

Rechtsextremistische Straftaten – ein Schattenbericht

Eine Studie für die AG Innen- und Rechtspolitik der PDS-Bundestagsfraktion zu den Widersprüchen und Mängeln offizieller Statistiken über rechte Straf- und Gewalttaten

Von Winnie Sellkens und Michael Wilde

Vorwort der Herausgeber

Im Sommer 2000 war nach dem rassistischen Mord an Alberto Adriano in Dessau und dem Bombenattentat auf eine Gruppe jüdischer Einwanderer in Düsseldorf die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber neofaschistischen Bedrohungen so groß war wie seit den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock, den Morden von Mölln und Solingen nicht mehr. Als daraufhin Bundeskanzler Schröder im Oktober den „Aufstand der Anständigen" proklamierte, legten „Frankfurter Rundschau" und „Tagesspiegel" eine Chronik über die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 vor. Die von ihnen gezählten damals 93 Todesopfer übertrafen die offizielle Statistik der Bundesregierung um ein Vielfaches. 2 von 3 Todesopfern wurden von der amtlichen Statistik nicht erfasst.

Die nicht zuletzt durch die Dokumentation dieser erschreckend hohen Zahl von Todesopfern losgetretene Debatte um die Zuverlässigkeit der offiziellen Statistiken über rechte Straf- und Gewalttaten mündete zunächst in der Überprüfung der amtlich zugegebenen Zahlen über Todesopfer rechter Gewalt. Zögernd wurde daraufhin die Zahl auf 36 Tote nach oben korrigiert.

Danach konnten die offiziellen Stellen nicht mehr umhin, die jahrelangen Erfassungsdefizite zuzugeben. So beschloss die Innenminsterkonferenz im Mai 2001, rechte Straftaten nicht mehr nach dem engen Kriterium „extremistisch" zu erfassen, sondern diesen durch den weitgehenderen Begriff „politisch motiviert" zu ersetzen. In weiten Teilen der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik war damit die Hoffnung verbunden, nun endlich ein zuverlässigeres und realitätsgetreueres Abbild rechter Gewalt in der amtlichen Statistik zu erhalten.

Doch kaum eingeführt, stellten sich immer offenkundigere Mängel auch in den auf der neuen Zählweise basierenden Statistiken für das Jahr 2001 heraus: Bei den monatlichen Statistiken sind irritierend hohe Differenzen zwischen den vom Bund und den von den Ländern vorgelegten Zahlen offenkundig geworden.

Fragen werfen auch Vergleiche zwischen den Länderstatistiken auf: Während einzelne Länder – wie z.B. Mecklenburg-Vorpommern – in keinem Monat mehr als zehn rechtsextrem motivierte Straftaten meldeten, erfasste beispielsweise Sachsen kontinuierlich durchschnittlich hundert rechte Delikte.

Todesfälle, die entsprechend der Definition der „politisch motivierten" Tat zweifelsfrei als rechtsextreme Delikte einzuordnen wären, finden nach wie vor keinen Eingang in die offiziellen Statistiken von Bund und Ländern. Dieselben Opfergruppen – insbesondere Obdachlose und Punks – fallen auch noch mit der reformierten Zählweise aus der Statistik heraus.

... Die politischen Konsequenzen, die zu ziehen das Ergebnis der vorliegenden Arbeit empfiehlt, sind deutlich, ihre Umsetzung dringend nötig. Amtliche Statistiken über das Ausmaß rechter Gewalt haben grundlegend versagt. An dieser Erkenntnis führt kein Weg vorbei. Eine zivilgesellschaftliche Beobachtungsstelle, die offen und unabhängig und in enger Kooperation mit örtlichen Initiativen, Opferberatungsstellen, Flüchtlings- und Antifagruppen rechte Straf- und Gewalttaten erfasst, muss schnellstmöglich eingerichtet werden. Der Bundestag hat im März 2001 in einem interfraktionellen Antrag die Bundesregierung aufgefordert, die Einrichtung einer solchen Beobachtungsstelle zu prüfen – doch Innenminister Schily blieb bis heute tatenlos.

... Die wichtige und dringend nötige Arbeit der Opferberatungsstellen muss langfristig abgesichert werden; die Ausweitung des CIVITAS-Programms auf die alten Länder ist angesichts der auch in den westlichen Bundesländern anhaltend hohen Zahlen rechter Gewalttaten dringend geboten. *Ulla Jelpke* ■

Die Studie ist über das Abgeordnetenbüro Jelpke zu beziehen.Tel. 030-227-75787, Fax 030-227-76793, email: ulla.jelpke@bundestag.de

II. Datenvergleich rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierter sonstiger Straftaten 2001 Bund/Länder

Land	Delikte lt. Bundes-regierung*	Delikte lt. Länder-quellen	Vom Bund nicht gemeldete Delikte	Länderquellen
Baden-Württemberg	947	k.A.	-	
Bayern	1275	1768	493	[1]
Berlin	80	265	185	[2]
Brandenburg	865	820	-	[3]
Bremen	112	179	67	[4]
Hamburg	246	k.A.	-	
Hessen	633	939	306	[5]
Mecklenburg-Vorpommern	153	616	463	[6]
Niedersachsen	649	1515	866	[7]
Nordrhein-Westfalen	1111	1447	336	[8]
Rheinland-Pfalz	389	1061	672	[9]
Saarland	60	109	49	[10]
Sachsen	1401	1720	319	[11]
Sachsen-Anhalt	465	757	292	[12]
Schleswig-Holstein	439	k.A.	-	
Thüringen	248	1241	993	[13]
INSGESAMT	9073	12437	4943	
Mindestzahl der Delikte		14016		

Quellen:

* Auswertung der folgenden Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS:
BT-Drucksache 14/8161, 14/7949, 14/7566, 14/7222, 14/6996, 14/6831, 14/6737, 14/6543, 14/6231, 14/5902, 14/5740, 14/5732

1 Verfassungsschutzbericht Bayern 2001
2 Bericht über die Kriminalitätsentwicklung in Berlin 2001, Senator des Inneren
3 DPA vom 6.2.2002
4 Jahresbericht über politischen Extremismus 2001 Innensenat Bremen
5 Pressemitteilung vom 25.3.2002, www.hmdi.hessen.de/presse/
6 Extremismusbericht 2001 Kap. VI - Lagebild Staatsschutz 2001, Statistiken LKA Mecklenburg-Vorpommern
7 Pressemitteilung Innenministerium Niedersachsen 18.3.2002 (www.niedersachsen.de/presseservice/)
8 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2001
9 EPD vom 7.3.2002
10 Überblick über die Beobachtungsbereiche des LfV Saarland im Jahr 2001
11 Polizeiliche Kriminalstatistik des Freistaates Sachsen 2001
12 Polizeiliche Kriminalstatistik für Sachsen-Anhalt 2001
13 Polizeiliche Kriminalstatistik des Freistaates Thüringen 2001

Aus dreizehn Bundesländern, aus denen Vergleichsdaten vorliegen, ergeben sich allein schon mehr Delikte (12.437) als die Bundesregierung für das gesamte Bundesgebiet annimmt (9.073). Aufgrund von 4992 von der Bundesregierung nicht gemeldeten Delikten aus diesen dreizehn Ländern muss von einer Mindestzahl sonstiger rechtsextremistischer Delikte für das Jahr 2001 im Bundesgebiet von mindestens 14.016 ausgegangen werden.

Die in den Tabellen 1 und 2 verglichenen Deliktgruppen beinhalten:
1) Gewaltdelikte, darunter:
Tötungsdelikte, §§211-221 StGB
Körperverletzung, §§ 223-231 StGB
Brandstiftung, §§306-306f StGB
Sprengstoffexplosion, §308 StGB
Bildung terroristischer Vereinigungen, §129a StGB
Landfriedensbruch, §§125, 125a StGB

Fortsetzung von Seite 1

Dort waren aktive und pensionierte Angehörige der Gebirgsdivision, zwischen 20 und 80 Jahren, versammelt. Zu ihrem Vorhaben, eine Gedenkminute für die Opfer an dem Versammlungsort der Täter zu veranstalten, kamen die Antifaschisten allerdings nicht: Die aufgebrachten Traditionspfleger versuchten, ihnen die mitgebrachten Schilder, auf denen die Kriegsverbrecher benannt wurden, zu entreißen. Auf die Konfrontation mit den Verbrechen von ehemaligen Gebirgsjägern reagierten die Veteranen und Bundeswehrsoldaten mit Schlägen und Tritten.

Diese erstmalige Behelligung der einstigen Täter und ihrer heutigen Gesinnungsgenossen bei ihrem Pfingsttreffen hatte zur Folge, dass 50 Personen in einer Jugendherberge in Urfeld von der Polizei bis Pfingstmontag unter Herbergsarrest gestellt wurden. Der Versuch, eine spontane Kundgebung am Pfingstsonntag in Mittenwald durchzuführen, wurde durch ein polizeiliches Demonstrationsverbot verhindert. Der Sprecher der Gruppe: „Dies erstaunt uns nicht vor dem Hintergrund, dass diese Art der Traditionspflege Bestandteil deutscher Normalität bis heute ist.“



Foto vom Treffen 2000

Brisanz gewinnt dieses Vorhaben der Polizei nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Entschädigungsforderung der Überlebenden der Opfer von Wehrmacht und GD1 und ihrer Angehörigen, die derzeit vor allem in Griechenland offensiv artikuliert werden.

Die antifaschistische Gruppe legte eine Dokumentation vor, in der es heißt: „Die Gebirgssoldaten feiern hier die Besetzung und Ausplünderung Europas im Zweiten Weltkrieg. Sie protzen noch heute mit den von ihnen begangenen Massakern und Zerstörungen in Kommeno, Kephalonia, Camerino, Sarande, Fabriani, Lyngiades, im Massif du Vercors, Rovaniemi und in Hunderten weiterer Orte.

Das Gerede von der stolzen edlen Truppe, die tapfer unterm Edelweiß gekämpft hat, ist ein Hohn für die Tausenden Opfer der Gebirgstruppe. In Kommeno in Nordgriechenland fuhren sie am 16.8.1943 zum Morden „feldmarschmäßig“ mit Maultieren und dem Küchenwagen vor und erschossen 317 Frauen, Männer und Kinder. Die stolzen Soldaten der 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 unter dem späteren Bundeswehrgeneral Klebe, die sich auch nach dem Krieg weiter ungestört im Kameradschaftskreis der Gebirgstruppe treffen, ermordeten nicht nur die unschuldigen Zivilisten, einzelne Soldaten machten sich noch über die Frauenleichen her und schändeten sie, wie einer der Täter später berichtete. Nach „getaner Arbeit“ wurde dann das Dorf zum privaten Raubzug freigegeben: „Die Soldaten waren aber so erschöpft, dass sie von den herumliegenden Sachen kaum etwas mitgenommen haben. Lediglich die Offiziere haben erbeutete Teppiche und andere Wertgegenstände auf LKWs verladen und weggebracht,“ berichtete Franz T. bei seiner polizeilichen Vernehmung 1970. Dieses bestialische Massaker blieb kein Einzelfall. Als Teil der 1. Gebirgsdivision beteiligten sie sich an der Entwaffnung der italienischen Soldaten und erschossen 4000 italienische Gefangene allein in Kephalonia. Die Mörder zogen weiter. Im Epirusgebiet unterstützten sie die Geheime Feldpolizei bei der Deportation der griechischen Juden in Joannina. Und unter dem Deckmäntelchen der „Bandenbekämpfung“ ermordeten sie über 1000 Griechen und zerstörten im Epirusgebiet mehr als 100 Dörfer allein im Oktober 1943, wie der nazifreundliche griechische Ministerpräsident Rhallys in einem Protestschreiben an die Wehrmachtsführung vortrug.

Das heißt, die Mörder sind noch unter uns und das hat bisher noch keinen gestört. Angehörige der faschistischen deutschen Wehrmacht und der Bundeswehr feiern in trauter Eintracht. Im gemeinsamen Erinnern an ehemalige und an aktuelle Fronterlebnisse stärken sich die Mitglieder des elitären Männerbundes für kommende Auseinandersetzungen. Sie lassen ihre Kriegsverbrecher-Generäle hochleben und verharmlosen die unzähligen Massaker an Zivilpersonen, an Frauen und Kindern in ganz Europa als angeblich gerechtfertigte Sühnemaßnahmen.

Schenkelklopfend lässt die Mörderbande immer wieder Revue passieren, wie sie Anfang der 1950er Jahre die Bundeswehr aufgebaut hat. Voller Stolz und Freude erleben die alten Wehrmachtssoldaten, dass Bundeswehrsoldaten in SFOR- und KFOR-Einheiten heute wieder auf dem Balkan kämpfen, wo sie selbst schon vor 60 Jahren wüteten. Die Gebirgssoldaten beschwören eine Tradition von den kaiserlichen Truppen des Ersten Weltkriegs über die Wehracht Nazi-Deutschlands bis zur heutigen Bundeswehr. Und Gebirgsjäger-Ministerpräsident Stoiber, Mitglied im Nazi-Kameradenkreis der Gebirgstruppe, sprach im letzten Jahr zur feierlichen Auflösung der 1. Gebirgsdivision von einer „unangreifbaren Traditionspflege“ der Gebirgstruppe. Immer wieder unterstützt er den Haufen unverbesserlicher Militaristen und Mörder. Für rührselige Fahrten zu ehemaligen und heute wieder aktuellen Kriegschauplätzen, z. B. im Kaukasus, übernimmt er die Schirmherrschaft.

Diese Tradition wollen und dulden wir nicht! Wir beziehen uns in unserem Widerstand auf die wenigen deutschen Deserteure und WiderstandskämpferInnen, auf die JüdInnen, die in den Ghettos und Vernichtungslagern den Aufstand versuchten, auf die ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen, auf die Partisanen und auf den zivilen und bewaffneten Widerstands gegen die faschistischen deutschen Besatzer. Wir wollen keine Zukunft, die irgendwelche Militärs mitgestalten. Das Militär hat keine Zukunft, es ist Garant einer Gegenwart, die jeder emanzipatorischen Politik entgegen steht.

Wir wollen keine Entschuldigung für das eine oder andere Massaker, wir wollen, dass die Überlebenden der Massaker endlich von der BRD entschädigt werden. Wir grüßen mit unserer Überraschungskundgebung im tiefsten Bayern stellvertretend die Überlebenden aus Kommeno, Lyngiadas, Akmotopos, Klisura, Alikianu in Griechenland, die Überlebenden italienischen Soldaten der Massaker in Kephalonia, Korfu, Sarande, die Überlebenden der „Bandenbekämpfung“ in Delnice und Versenico di Sotto im „Adriatisches Küstenland“ und Jugoslawien, die Überlebenden von Camerino und Fabriano in Italien, die Überlebenden der Menschenjagd im Maquis im Raum Besancon, Dijon und Massif du Vercors und nicht zuletzt die Überlebenden der Vertreibung und Zerstörung in Lappland. Sofortige Entschädigung der griechischen Massaker-Opfer! Kein Vergeben! Kein Vergessen!“

Ulrich Sander ■

Der Fall Karsli – Möllemann bedient sich beim Antisemitismus

Hintergründe über die Rolle der „Jungen Freiheit"

Vor jeder Bundestagswahl wägt die rechtsextreme Zeitung „Junge Freiheit" immer ab, welche großen rechten Bündnisstrategien angesagt sind. Oft hat sie schon die Republikaner favorisiert, mal Dr. Freys DVU. Diesmal denkt das Blatt über eine Kandidatur der Schill-Partei nach und kommt aber zu dem Schluss „das wäre ihr Ende" (1). Stoiber hat „Kreide gefressen" (2) und eine so große Partei wie die CDU/CSU zu beeinflussen, wäre für die „Junge Freiheit" dann doch eine Nummer zu groß. Haider und die FPÖ beeindrucken das Blatt schon lange und vielleicht kann man mit der FDP was machen: „Doch Westerwelle ist eben kein deutscher Pim Fortuyn" meint die neue Ausgabe der „Jungen Freiheit" (3), aber vielleicht war und ist es eben die Mühe Wert, Einfluss auf diese Partei auszuüben. Eben das hat die „Junge Freiheit" durch ein Interview mit dem NRW-Landtagsabgeordneten Jamal Karsli erfolgreich versucht.

Das Interview

Ende April trat Karsli bei Bündnis 90/Grünen und ihrer NRW-Landtagsfraktion aus. Er war bei den Grünen auf Kritik gestoßen, weil er gegen den Willen der Fraktion in den Irak gereist war, um „Gespräche zur Unterstützung des Hussein-Regimes" (4) zu führen. Und kurz vor dem Austritt hatte er Israels aktuelle Kriegshandlungen gegen die Palästinenser mit „Nazimethoden" bezeichnet. Möllemann hat Karsli sofort in die FDP-Fraktion geholt, wohl wissend, dass die knappe rot-grüne Mehrheit in NRW damit unter Druck gerät.

Auf diesem Hintergrund hat sich Karsli auf ein Interview mit einer rechtsextremen Zeitung eingelassen und ihr sogar nach dem Munde geredet. Mit der ersten Frage versucht das Blatt Karsli gegen den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden aufzubringen. Karsli distanziert sich zwar erst von seinem Vorwurf „Nazimethoden" gegenüber Israel, um dann jedoch damit zu enden: „Aber tatsächlich ist es doch so, dass man in Deutschland beim Thema Israel den Menschen mit der Erinnerung an die Epoche des Nationalsozialismus schlicht und ergreifend Angst einzujagen versucht, damit sie den Mund nicht aufmachen und sich nicht zur Sache äußern."

Mit dieser Antwort ist die „jüdische Verschwörung", wie sie die Faschisten immer wieder propagieren, schon angelegt. Die „Junge Freiheit" stößt sofort nach und fragt: „Sie sehen eine moralische Lähmung der Deutschen durch das Verbrechen des Holocaust?"

Vier Fragen später ist es dann so weit, als Karsli erklärt: „Man muss allerdings zugestehen, dass der Einfluss der zionistischen Lobby auch sehr groß ist: Sie hat den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne und kann jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit ‚klein' kriegen. Denken Sie nur an Präsident Clinton und die Monika-Lewinsky-Affäre. Vor dieser Macht haben die Menschen in Deutschland verständlicherweise Angst." (5)

Auf diese klare antisemitische Äußerung hat die Redaktion der Antifaschistischen Nachrichten aufmerksam gemacht und sie hat die Kölner PDS am 6. Mai dazu bewogen, als erstes in der Öffentlichkeit zu protestieren. (6) Mit Erfolg: Die NRW-Presse griff den Vorgang sofort auf und die dpa-Meldung löste zu Recht eine bundesweite Debatte aus.



Die Rolle von Möllemann

Karsli ist nicht der erste FDPler, der der Jungen Freiheit ein Interview gegeben hat. Der frühere Fraktionsvorsitzende von NRW, Achim Rohde, Hermann Otto Solms, Günter Rexrodt und Alexander von Stahl gehören dazu. Nur Möllemann soll derartige Anliegen abgelehnt haben. Der frühere Wirtschaftsminister Möllemann, der wegen Kriegswaffenexporten nach Saudi-Arabien zurücktreten musste, kennt Karsli seit Jahren aus der Deutsch-Arabischen Gesellschaft. Und Möllemann meint es ernst mit den 18%, deshalb spricht die FDP seit geraumer Zeit Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen Osten und der Türkei an. Und diese Menschen sind nicht nur Industriearbeiter, sondern viele von ihnen haben einen nicht-christlichen und bürgerlichen Lebenshintergrund. Da gibt es viele Berührungspunkte. Und Möllemann popularisiert gern wie Haider oder andere rechte Parteiführer. Die FDP erhofft sich, die rechten Kräfte zu sammeln und spricht die Jugend an.

Möllemann distanziert sich zwar von Karslis Interview, aber empfiehlt die Parteiaufnahme und erklärt dreist gegenüber der NRW-SPD: „Ich rate dringend, jetzt die parteitaktischen Spielchen zu beenden und zu respektieren, dass die gefährliche Politik von Ariel Scharon auch in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung und bei den Abgeordneten zunehmend auf Kritik stößt. Es bleibt dabei: Kritik an Scharon hat nichts mit Antisemitismus zu tun." (7) Auf dem FDP-Parteitag wurde Möllemann noch gefeiert und spielte das Opferlamm, man würde ihn in eine antisemitische Ecke stellen. Die Realität holte ihn bald ein.

Der Protest

Zur „Spaßmacherpartei" schrieb „Die Zeit" zum FDP-Parteitag: „Auf offene Ohren stoßen sie gerade bei vielen jungen Leute, die es als Zumutung einer herrschenden Political Correctness empfinden, immer an die besondere Verantwortung der Deutschen für ihre Vergangenheit erinnert und aufgefordert zu werden, sich bei Äußerungen über Israel besondere Zurückhaltung aufzuerlegen. Wenn Westerwelle solche Mahnungen auftrumpfend zurückweist, trifft er durchaus das Empfinden eines großen Teils seiner Generation, der gar kein besonderes Interesse am Nahost-Konflikt hat, sondern nur ebenso unbefangen über alle Fragen der Weltpolitik urteilen will, wie gleichaltrige Franzosen oder Amerikaner." (8) Sie „sollten jetzt gegen eine Parteiführung rebellieren", gemeint war die der FDP, schrieb „Die Zeit" am 10. Mai. Das taten dann auch Hamm-Brücher, Hirsch und Lambsdorff. Frau Hamm-Brücher drohte mit dem Parteiaustritt und wies darauf hin, das Ignatz Bubis schon längst ausgetreten wäre, wenn er noch am Leben wäre. Es hagelte Proteste in der FDP-Zentrale.

Nachdem die Recklinghauser FDP Karsli als Mitglied aufnahm, spitzte sich die öffentliche Diskussion zu. Möllemann erklärte: ihm seien „keine Sachverhalte bekannt, die einen Ausschluss begründen würden." (9) Und dann greift Möllemann selbst auf offen antisemitische Denkmuster zurück und beleidigt und demütigt Friedmann und Spiegel: „Ich fürchte, dass kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland leider gibt und die wir bekämpfen müssen, mehr Zulauf verschafft hat als Herr

Scharon und in Deutschland ein Herr Friedmann mit seiner intoleranten und gehässigen Art.“ (9)

In seinem Kommentar „Möllemanns brauner Klassiker“ bringt es Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung auf den Punkt: „Und als solcher hantiert er mit den Versatzstücken des klassischen Antisemitismus so, wie man das bisher von Funktionären der so genannten Republikaner und der NPD kannte. Der Jud ist schuld: Dieser Satz gehört zu den obszönen braunen Klassikern. Möllemann bedient sich da … Anders gesagt: Soll dieser Jude doch den Mund halten, soll er sich nicht so aufführen, soll er sich doch nicht erdreisten, ständig über Antisemitismus zu klagen. Nur ein unauffälliger Jude ist ein guter Jude.“ (9)

Die FDP muss Schaden begrenzen

Möllemanns Ausfall stößt auf breite Empörung. Doch erst am 19. Mai ist der FAZ Sonntagsausgabe zu entnehmen, dass der Bundesvorsitzende Westerweller und der Fraktionsvorsitzende Gerhard keinen Platz für Karsli in der FDP mehr sehen. Kein Wort über Möllemann. Die FAZ schreibt: „Bei der FDP wird die Entscheidung gegen Karsli als Niederlage von Möllemann gesehen.“ Und: „Zwar mag der Partei hier und da trübe Zustimmung zuwachsen – insgesamt wird der Fall Karsli aber nur ihren selbsthypnotisierten Höhenflug beenden und sie auf Normalmaß schrumpfen lassen.“ Da macht es sich die FAZ aber sehr einfach. Die FDP wird jetzt alle Schuld auf Karsli abladen und Möllemann aus der Kritiklinie nehmen.

Fazit

Auch bürgerliche Politiker sollten sich von der „Jungen Freiheit“ fernhalten. Auch wenn der Generalbundesanwalt a.D. Alexander von Stahl jetzt für das rechtsextreme Blatt auf einer ganzseitigen Anzeige wirbt (siehe Bild). Die Rechte in Deutschland hat zwar keinen Le Pen oder Haider, dafür aber Stoiber und Möllemann, die die Wahlen gewinnen wollen.

Und noch eines: Antiimperialistische Positionen müssen sich strikt und klar von faschistischen Positionen abgrenzen. Die Forderung nach Frieden und einem souveränen palästinensischen Staat darf die antisemitischen Kräfte und die in der Gesellschaft vorhandenen antisemitischen Ressentiments nicht begünstigen. *Jörg Detjen* ■

Quellen:
1 Junge Freiheit Nr. 20/2002, vom 17. Mai
2 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19. Mai
3 Junge Freiheit Nr. 20/2002, vom 17. Mai
4 Presseerklärung Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW, vom 23. April
5 Junge Freiheit Nr. 19/2002, vom 3. Mai
6 www.pds-koeln.de
7 FDP-Presseerklärung vom 8. Mai
8 Die Zeit, vom 10. Mai
9 Süddeutsche Zeitung vom 18. Mai

Kein Altbau – kein Neubau: Weg mit dem Internierungslager!

Kundgebung und Konzert gegen Rassismus und Abschiebungen mit BANTU von den BROTHERS KEEPERS und der Gruppe Mainbrand aus Frankfurt 8. Juni, Flughafen Frankfurt, Terminal 1 um 12 Uhr

Frankfurt. Als „Antwort“ auf die massive Kritik an der menschenunwürdigen Unterbringungssituation und dem Flughafenschnellverfahren selbst wird nun gegen Ende Mai ein neues Internierungslager eröffnet, das im Süden des Flughafengeländes unweit einer Kläranlage erbaut wurde. Unter dem selben Dach wird neben dem für 100 Menschen ausgelegten Grenzgefängnis zudem ab 2003 eine „Rückschiebehaftanstalt“ für bis zu 60 Gefangene integriert, in der diese dann bis zu ihrem Abschiebeflug festgehalten werden. Die Fenster beider Einrichtungen sind in den Innenhof des rechteckigen Gebäudes gerichtet. Ein Blickkontakt nach außerhalb der Anlage, der es wie bisher bei Demonstrationen am Tor 3 des Flughafengeländes erlaubte, Grüße sicht- und hörbar zu vermitteln, wird nicht mehr möglich sein. Die physische Abschottung der Flüchtlinge wird durch den Neubau des Internierungslagers somit noch perfektioniert.

Wie wenig Zugeständnisse den Internierten behördlicherseits gemacht werden, zeigt sich nicht zuletzt auch in der Ablehnung des Besuchsantrags für die Gruppe BANTU aus dem Brothers Keepers-Zusammenhang. Die afrodeutschen Musiker wollten und wollen den in diesem Lager eingesperrten Menschen am 8. Juni musikalische Grüße, Abwechslung und Ermutigung bringen.

Im Ablehnungsbescheid aus dem Regierungspräsidium in Darmstadt ist nicht nur in zynischer Weise davon die Rede, dass beim Umzug ins neue Internierungslager, „wie bei jedem Umzug organisatorische Schwierigkeiten zu bewältigen“ seien, „und sich eine Eingewöhnungsphase für alle Beteiligten anschließen“ werde, weshalb „Störungen unterbleiben“ sollten, „damit der tägliche Ablauf möglichst schnell ohne große Probleme erfolgen kann“.

Prinzipiell wird zudem in der Ablehnung ausgeschlossen, „dass Gruppen welcher Art auch immer (....) die Einrichtung besuchen, Musikveranstaltungen machen und sich mit den Flüchtlingen unterhalten“. Mit dieser Formulierung wird jeder Anspruch der Flüchtlinge auf kulturelle Veranstaltungen verneint und somit ein Zustand festgeschrieben, der sie sogar schlechter als jeden Gefangenen im Strafvollzug stellt.

Bantu und das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen werden sich weiter dafür einsetzen, doch noch eine Besuchsgenehmigung durchzusetzen. Aber unabhängig davon, ob dieses Ziel bis zum 8.6. erreicht wird, tritt Bantu an diesem Tag im Rahmen der Open-Air-Port-Kundgebung auf, auf der wir unsere grundlegende Forderung nochmals betonen werden: Kein Altbau - kein Neubau: Weg mit dem Internierungslager!

Samstag 8. Juni – 1. OPEN-AIR-PORT



Brothers Keepers ist ein antirassistisches Musikprojekt, in dem diverse afrodeutsche MusikerInnen zusammenarbeiten. Nach der Ermordung des Mocambiquaners Alberto Adriano durch deutsche Jugendliche im Sommer 2000 in Dessau in Sachsen/Anhalt fanden zunächst 14 MusikerInnen zusammen, um gemeinsam den Song „Adriano (Letzte Warnung)“ zu veröffentlichen. Das Stück konfrontierte zumindest jede und jeden ab und zu radiohörenden Menschen mit kämpferischen und unversöhnlichen Textzeilen wie: „Das ist sowas wie eine letzte Warnung, denn unser Rückschlag ist längst in Planung, wir falln´ da ein wo ihr auffallt und bieten eurer braunen Scheiße endlich Einhalt! (...) und was wir reichen, sind geballte Fäuste und keine Hände!“ Der Song sparte die Gewalt des staatlichen Abschiebeterrors und den in der Mitte der Gesellschaft tief verankerten Rassismus nicht aus, genausowenig wie weitere, später folgende Veröffentlichungen aus dem Brothers Keepers-Zusammenhang.



Außer für die inzwischen auf über 20 MusikerInnen und durch die aus Frauen bestehende Gruppe der Sisters Keepers erweiterte antirassistische KünstlerInneninitiative, steht der Name Brothers Keepers auch für einen Verein, der für Opfer rassistischer Gewalttaten materielle Hilfe bereitzustellen versucht.

Die Gruppe Bantu, die am 8.6. am Flughafen spielen wird, hat das Brothers Keepers Projekt mitgegründet und verbindet in ihrer Musik Reggae mit afrikanischen Folkelementen sowie Hip Hop. **Homepage: www.brotherskeepers.de**

Karawane Treffen bereitet Tour 2002 vor

Vom 17. - 20. Mai findet in Weimar ein Treffen der „Karawane für die Rechte von Flüchtlingen statt, das sich unter anderemmit der Protestkampagne gegen Abschiebung und rassistischer Verfolgung von Flüchtlingen und Migrant/innen in Deutschland befassen wird

Gleichzeitig ist es das erste Koordinationstreffen über die Struktur der Karawane Gruppen Ost mit Repräsentanten von Flüchtlingsgruppen aus Thüringen, Sachsen Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Berlin.

Die diesjährige Tour beginnt am 17. August in Bremen und endet am 21. September in Berlin. Bisheriger Tour Plan (mit Platz für Veränderungen und Erweiterungen)

17.08. Bremen
18.08. Osnabrück (Bramsche „Departure Camp“)
19.08. Oldenburg (inner City action)
20.08. Hannover (Langenhagen deportation prison)
21.08. Bremen (day of reflection and rest)
22.08. Rothenburg o.d. Wümme
23.08-25.08. Hamburg (24.8. Demonstration and Fest)
26.08-27.08. Köln - Bonn (Stop in Bielefeld)
28.08-29.08. Frankfurt (Ingelheim Deportation Center)
30.08. Ludwighafen
31.08-01.09. Karlsruhe (1 Tag Pause für Reflexion / Rastatt deportation Center)
02.09-03.09. Stuttgart /Tübingen
04.09-04.09. Augsburg/Nürnberg (oder andersherum)
06.09-07.09. München (in Bayern sind mehrere „Ausreiselager“ in Planung und Bau, die genauen Orte werden noch bekannt werden)

NächsteKarawane Aktion: große Demonstration (Karawane Gruppe München) gegen die neuen „Ausreiselager“ am 25. Mai in München

weitere Infos: Karawane Aufruf, Letzte Protokolle der Vorbereitungstreffen Kontakt: The VOICE Refugee Forum, Tel: 0361-66 52 14 ; The_VOICE_Jena@gmx.de www.humanrights.de ■

Dreiländer-Demonstration am 15. 6. 2002

Gegen Rassismus und Ausgrenzung!

Am 14./15. Juni 2002 wird im Dreiländereck CH-F-D gegen Rassismus und Ausgrenzung, für die Verwirklichung sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Rechte demonstriert. Über 100 Gruppen, Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Einzelpersonen unterzeichneten das Dreiländer-Manifest und rufen zur Teilnahme auf. Die letzten vier Wochen werden zur verstärkten Mobilisierung für die Demonstration genutzt. 14.000 Flugblätter in französischer und deutscher Sprache, 2000 Plakate für die Demonstration, 1000 Plakate für das Grenzkonzert und zahlreiche Veröffentlichungen in linken alternativen Zeitungen machen auf die Demonstration aufmerksam.

Mit der gemeinsamen Demonstration werden verschiedene Ziele verfolgt: ● Das Einleiten einer Sammlungsbewegung im Dreyeckland: Elsaß, Nordwestschweiz und Baden, ● Förderung eines Zusammenschlusses im Dreyeckland, ● Aufbau eines regionalen, grenzüberschreitenden, trinationalen Netzwerks, das für kommende Auseinandersetzungen sehr wichtig sein wird (EU-Asylrecht 2004 – z.B. Einführung der Residenzpflicht europaweit), ● direkte Solidarität mit MigrantInnen und Flüchtlingen, ● Besetzung politisch internationalistischer Positionen, die durch die konservativ-reaktionäre politische Entwicklung verlassen wurden und Schaffung eines Klimas, damit antirassistische Argumente wieder Gehör finden.

Dass in der Bundesrepublik Deutschland die Menschenrechte gegenüber Minderheiten insbesondere gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen immer mehr eingeschränkt bzw. kaum mehr zugestanden werden, sollte jedem politisch denkenden Mensch bekannt sein. Dass die Menschenrechte immer noch stärker eingeschränkt werden sollen, in dem z.B. ein neuer Lagertyp eingeführt wird, wo Flüchtlinge absolut keine Rechte mehr haben sollen, müsste jetzt verhindert werden. Diese Entwicklung muss jetzt gestoppt werden. Zu stoppen wird diese Entwicklung nur dann sein, wenn sich eine oppositionelle Bewegung entwickelt, die mit mehr Entschiedenheit und Entschlossenheit gegen die rassistische staatliche Politik vorgeht. Die Entschlossenheit kann darin ihren Ausdruck finden, dass man überall z.B. Diskussionen über Besetzungen der menschenunwürdigen Lager fördert, ein Besetzungskonzept entwickelt und tatsächlich dann auch zur Besetzung aufruft und diese auch durchführt. Einen anderen Weg, um in dieser politischen Gesellschaft, wo Menschenrechtspositionen kaum mehr Gehör finden, den staatlichen Rassismus zu bremsen, gibt es nicht mehr. Deshalb soll die Demonstration auch dazu dienen, einen anderen politischen Inhalt und Gefühl für eine neue Bewegung zu vermitteln, die für eine andere, bessere Welt ohne Missachtung der Menschenrechte eintritt. *was* ■

Dreiländer-Demonstrationen am 15. Juni 02

Basel / Schweiz: 10.00 Uhr Besammlung: Claraplatz / Kundgebung / Demonstration an den Grenzübergang Kleinhüningen / Weil am Rhein–Friedlingen. Überschreiten der (CH-D)-Grenze.
Huningue / Frankreich: 12.00 Uhr Treffpunkt: Ehemalige Gemeinschafts-Zollanlage zwischen Village-Neuf und Huningue (Palmrheinbrücke). Überschreiten der (F-D)-Grenze. Demonstration zum Grenzübergang Kleinhüningen / Weil am Rhein – Friedlingen.
Weil am Rhein / Deutschland: 12.30 Uhr Treffpunkt: Rheinpark. Der Rheinpark befindet sich am Grenzübergang Kleinhüningen / Weil am Rhein – Friedlingen.
CH-F-D: 12.45 Uhr Vereinigung der drei Demonstrationen. Demonstration durch Weil am Rhein, am BGS-Amt vorbei zum Grenzübergang Weil–Otterbach. Überschreiten der (D-CH)-Grenze. Kundgebung vor dem neuen Basler Ausschaffungsgefängnis.
Nach dem die Halle in Lörrach von der Verwaltung doppelt belegt wurde, kann das Grenzkonzert nicht in Lörrach stattfinden. Wir mussten nun nach Grenzach-Wyhlen ausweichen. Der Ort steht allerdings noch nicht sicher fest. Infos bitte über die Email-Adresse nachfragen.
Bewegungsfreiheit@gmx.de ■

Gut besuchte Podiumsdiskussion in der Münchener Uni

NS-Dokumentationszentrum soll am Königsplatz entstehen

„Als Geburtsstätte und zentrale Schaltstelle der NSDAP hat München im Nationalsozialismus eine bedeutende Rolle gespielt. Doch die bayerische Landeshauptstadt tut sich schwer mit dem braunen Erbe. Während an anderen Orten in Bayern Dokumentationszentren, die über die Nazi-Zeit informieren, rege besucht werden, erfahren Interessierte in München kaum etwas über die Rolle der Stadt im Dritten Reich." So die Neue Zürcher Zeitung in ihrer Ausgabe vom 8./9.12. 2001. Das soll jetzt anders werden.

Am Königsplatz oder in dessen Nähe, dort also, wo früher die zentralen Repräsentations- und Verwaltungsbauten der Nazi-Partei („Braunes Haus", „Führerbau", „Ehrentempel" etc.) standen, soll ein Dokumentationszentrum über die NS-Geschichte Münchens errichtet werden. So beschloss es nicht nur im Oktober letzten Jahres der Münchner Stadtrat, der schon seit etlichen Jahren die Errichtung eines solchen Zentrums fordert, sondern im Januar diesen Jahres endlich auch der bayerische Landtag, der ähnliche Vorstöße bislang immer hatte auflaufen lassen. Am 22. April fand in der Münchner Universität eine Podiumsdiskussion über das geplante Dokumentationszentrum statt. Eingeladen hatten das Kulturreferat der Stadt München und der Verein „Gegen das Vergessen - Für Demokratie e.V.".

Inhalte

Die erste Runde der Podiumsredner eröffnete Klaus Bäumler (CSU), Vorsitzender des Bezirksausschusses Maxvorstadt, der sich seit über 20 Jahren dafür einsetzt, die Geschichte der Stadt im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und dabei auch „Täterorte" ins Bewusstsein zu rücken. Er – und eigentlich nur er – nannte auch konkrete Inhalte: München als Geburtsort des Nazismus, als Schauplatz von Hitler-Putsch, Röhm-„Putsch", Ausstellung „Entartete Kunst", Münchner Konferenz (eins der Themen, über die noch Forschungsbedarf bestehe); die Pogromnacht in München; München als Ausgangspunkt der Gestapo (Himmler und Heydrich waren schon vor 1933 in München tätig). Auf der anderen Seite: das Bürgerbräuattentat, die Geschwister Scholl, der sonstige Widerstand. Und die vernichteten Orte, deren Namen stellvertretend für Tausende andere stehen: Lidice, Marzabotto, Oradour sur Glane, Distomo. Vehement sprach sich Bäumler dafür aus, nicht auf einen Neubau zu orientieren, sondern eins der vorhandenen Gebäude in der Nähe des Königsplatzes in ein Dokumentationszentrum umzuwandeln, damit das Projekt rascher realisiert werden könne. Denn allzu viele Jahre sind bereits vergangen, seit der Bezirksausschuss Maxvorstadt den ersten Antrag stellte.

Bäumlers Drängen schloss sich Prof. Dr. Andreas Nachama, Geschäftsführender Direktor der Ausstellung „Topografie des Terrors" in Berlin, an. Auch er warnte vor einem Neubau, ein solcher würde jahrelange Verzögerungen bedeuten. Wichtig sei aber die Nähe zu den „authentischen Orten", denn nach all seinen Erfahrungen sei die Bereitschaft, sich mit den geschichtlichen Ereignissen zu befassen, eben dort am größten, wo diese Ereignisse stattgefunden haben.

Erst das Gebäude, dann das Konzept?

Gerade deshalb, fand Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, Professor für Neuere Geschichte an der Münchner Uni, wäre eigentlich der Platz am besten geeignet, wo einmal das „Braune Haus" stand (Brienner Straße kurz vor der Einmündung in den Königsplatz). Das allerdings würde einen Neubau erforderlich machen. Man könnte ja jetzt erst einmal in einem bestehenden Gebäude anfangen. Wenn das gefunden und klar sei, wieviel Platz zur Verfügung steht, könne eine Fachkommmission mit der Erarbeitung der Konzeption beginnen. Gleichzeitig müsse aber auch die Stadt „der Bevölkerung einen Dialog anbieten" und sie in die Planung einbeziehen. „Schließlich soll ja das Zentrum von der Bevölkerung angenommen werden."

Hans-Jochen Vogel, ehemaliger Münchner OB, Kuratoriumsmitglied des neuen Dokumentationszentrums im Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und Vorsitzender des Vereins „Gegen das Vergessen", fand das umgekehrte Vorgehen sinnvoller: erst ein Konzept erarbeiten und dann ein geeignetes Gebäude dafür suchen. Als Träger des Dokumentationszentrums empfahl er eine eigene Rechtsperson unter maßgeblicher Beteiligung des Freistaates Bayern, der Landeshauptstadt München und „weiterer Interessierter".

Die Experten, die das Konzept erarbeiten sollen, müssten von der Stadt „unter Zustimmung des Freistaates Bayern und Beteiligung der Uni" bestimmt werden. Die Fragen nach dem besten Platz, den Vorteilen von Neubau oder Umbau, der Trägerschaft und der Berufung der Expertenkommission nahmen den größten Teil des Abends ein.

Schließlich ging es aber doch noch einmal darum, wie denn das Dokumentationszentrum gestaltet werden sollte.

„Den schönen Schein brechen"

Dr. Iris Lauterbach vom Zentralinstitut für Kunstgeschichte, der Einrichtung also, die nach 1945 den Verwaltungsbau der Nazis an der Meiserstraße übernahm und ihn bis heute nutzt, betonte, wie wichtig es sei, das Spezifikum des Königsplatzes zu beachten: die Funktion als architektonische Schaufassade und die kultische Bedeutung, die der Platz für die Nazis hatte. Dahinter habe sich der monströse bürokratische Apparat des Terrors verborgen. Auf keinen Fall dürfe man eine Einrichtung schaffen, die geeignet sei, eine Bunkeratmosphäre herzustellen und den Besuchern Schauer über den Rücken laufen zu lassen. Wichtig sei es gerade, die Funktion und Bedeutung des „Parteiviertels" nüchtern durchschaubar zu machen. Hierin fand sie volle Unterstützung durch Prof. Hockerts, der die Aufgabe des Dokumentationszentrums darin sah, „die Zusammenhänge von dem zu erklären, was man nicht sieht". Das Zentrum dürfe kein Museum werden, in dem historische Gegenstände wie z.B. Uniformen oder Möbel aus dem Braunen Haus ausgestellt werden, sondern es müsse durch sachliche Texte und Fotos „den schönen Schein brechen", der von der ästhetisch schönen Gestaltung des Königsplatzes ausgehe. Um dies zu erreichen, müssten bei der Gestaltung der Ausstellung sowohl die Geschichtswissenschaft als auch Geschichtsmoral und Geschichtspolitik mit ihren je spezifischen Beiträgen Eingang finden.

Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung

Die Diskussionsbeiträge, die im späteren Teil der Veranstaltung aus dem Publikum kamen, machten deutlich, dass sowohl bei Fachleuten (z.B. vom Institut für Zeitgeschichte) und Multiplikatoren (Journalisten, Geschichtslehrern etc.) als auch bei vielen „einfachen Bürgerinnen und Bürgern" ein großes Interesse an dem geplanten Zentrum und ein großes Bedürfnis besteht, an dessen Gestaltung in irgendeiner Weise teilnehmen zu können. Von verschiedener Seite wurde signalisiert, dass dieses Bedürfnis verstanden worden sei und auf offene Ohren treffe. So wird z.B. die Volkshochschule in ihrem Herbstprogramm eine „offene Geschichtswerkstatt" zu diesem Thema anbieten. In verschiedenen Bezirksausschüssen wird es (nach deren Neukonstituierung) voraussichtlich wieder Arbeitskreise dazu geben. Und Hans-Jochen Vogel versprach zum Schluss hoch und heilig, sich für eine Arbeitsgruppe einzusetzen, in der alle Interessierten mitarbeiten können, und nicht zu ruhen, bis dieses Anliegen durchgesetzt ist.

Renate Hennecke ■

NATO-Mordaktion

Die Bezeichnung „Kollateralschaden“ für getötete Zivilisten ist für sich genommen schon zynisch – es beinhaltet auch, dass dieser Schaden sozusagen unbeabsichtigt entstanden ist. Eigentlich wolle man punktgenau militärische Ziele treffen, doch leider ging ein Schuss daneben und so wurden Zivilisten getroffen. Inzwischen wissen wir es besser: Der Einsatz von Flächenbombardements und Splitterbomben, dazu Munition mit abgereichertem Uran millionenfach abgeschossen – da ist der Tod von vielen Menschen bewusst gewollt.

Nicht nur umweltbewusste Menschen können sich ausrechnen, welche auch gerade langfristigen Auswirkungen die Bombardierung von Chemiewerken in Jugoslawien hat. Selten erfahren wir etwas über die Opfer des NATO-Krieges gegen Jugoslawien – das ist nun durchbrochen worden durch eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland, angestrengt von Bewohnern des jugoslawischen Ortes „Varvarin“.

Was geschah dort am 30. Mai 1999?

Die Kleinstadt Varvarin mit ca. 4000 Einwohnern liegt am Fluss Morava, 200 km südlich von Belgrad und weitere 200 km vom Kosovo entfernt. Die meisten Menschen arbeiten in der Landwirtschaft oder im Zusammenhang mit ihr, ein kleiner Textilbetrieb ist alles an Industrie.

„In der Stadt selbst und in der näheren Umgebung waren zu keinem Zeitpunkt militärische Einrichtungen stationiert. Von militärischen Truppentransporten wurde die Stadt ebenfalls nicht tangiert. Die nächstgelegene militärische Einheit befand sich ca. 22 km von Varvarin entfernt.“ (1) Die Brücke über die Morava bildet den östlichen Eingang in die Stadt, die direkt bis ans Flussufer reicht.

„Die Brücke wurde am Sonntag, den 30. Mai 1999 mittags zwischen 13:00 und 13:25 (Uhr) durch Kampfflugzeuge der NATO bei klarem Wetter und Sonnenschein angegriffen und zerstört. Zum Zeitpunkt des Angriffs befanden sich in unmittelbarer Nähe der Brücke ca. 3000 bis 3500 Menschen. (2)

In der Nähe wurde auf einem Kirchengelände das Fest der Heiligen Dreifaltigkeit gefeiert, außerdem war Sonntagsmarkt. Auf der Brücke befanden sich Menschen in PKWs, Fahrradfahrer und Fussgänger.

„Der Angriff erfolgte ohne jede Vorwarnung: In einer ersten Angriffswelle von 2 Kampfflugzeugen der NATO, die nach Zeugenaussagen in einer Höhe von ca. 100 bis 300 m die Brücke anflogen, wurden 2 Raketen vom Typ AGM 65 auf die Brücke abgefeuert. Im Ergebnis dieser ersten Angriffswelle, mit der die Brücke bereits vollständig zerstört worden war, gab es eine Vielzahl von Todesopfern und verletzten Personen zu beklagen. Unter den Menschen in der Stadt brach Panik aus. Viele von ihnen rannten vom nahegelegenen Kirchengelände und vom Markt zur Brücke, um Erste Hilfe zu leisten. Kaum hatten sie die Brücke erreicht und mit Hilfsmaßnahmen begonnen, erfolgte die zweite Angriffswelle durch 2 Kampfflugzeuge der NATO. Nach Schätzungen der Zeugen lagen zwischen den beiden Angriffswellen lediglich 3 bis 5 Minuten. Wieder wurden zwei Raketen auf die bereits zerstörte Brücke abgeschossen. Die Folge war, dass es nun unter den hilfeleistenden Menschen Tote und Verletzte gab. Eine damals 15jährige Schülerin wurde von 66 Splittern getroffen, von denen über 20 bisher noch nicht entfernt werden konnten.

Die NATO hat bei ihrem Angriff auf die Brücke in Varvarin insgesamt 10 Menschen getötet, über 30 weitere Personen verletzt, davon 17 schwer. Die 17 Schwerverletzten haben lebenslange Dauerschäden erlitten. Alle Opfer dieses Angriffs sind Zivilpersonen.“ (3)

Die mit den Zahlen 1 bis 3 gekennzeichneten Zitate stammen von Rechtsanwalt Ulrich Dost aus Berlin, der eine Schadensersatzklage der Opfer von Varvarin gegen die Bundesrepublik Deutschland vertritt. Die rechtliche Bewertung dieser Aktion der NATO muss erfolgen nach der Genfer Konvention bzw. dem Zusatzprotokoll I zu dieser Konvention. „Es gehört zu den ältesten und elementarsten Regeln des humanitären Völkerrechts, dass bei militärischen Aktionen zwischen militärischen Zielen und Kombattanten einerseits und zivilen Objekten und der Zivilbevölkerung andererseits zu unterscheiden ist und dass es verboten ist, die Zivilbevölkerung und zivile Objekte anzugreifen (Art. 48 Zusatzprotokoll I).“ (RA Dost). Logischerweise weiß auch die Bundesregierung, welche Folgen eine erfolgreiche Klage der Menschen aus Varvarin nicht nur finanziell, sondern vor allem politisch hat.

Wie sollen denn weitere Kriege für „den freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ (Verteidigungspolitische Richtlinien, nirgendwo beschlossen, aber faktisch in Kraft) geführt werden, wenn die „Kollateralschäden“ plötzlich aufmucken und Geld kosten?



Die Qualität der deutschen Justiz lässt diese Klage als aussichtslos erscheinen – doch was wäre, wenn sie massenhafte Unterstützung findet?

Finanzielle Unterstützung ist auch erforderlich! Spendenkonto: Vereinigung demokr. Juristen e.V., Berliner Sparkasse (BLZ 10 500 00) Konto 33 52 20 14, Verwendungszweck: „Schadensersatz für NATO-Kriegsopfer“

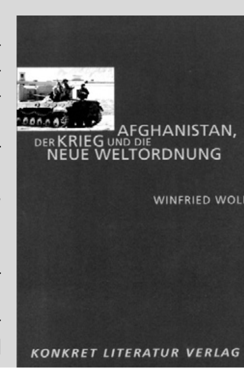
Ulf Fiedler ■

Die auf dem Foto gezeigten amerikanischen Soldaten könnten auch deutsche Soldaten des „Kommando Spezialkräfte“ sein, die irgendwo auf der Welt einen Hubschrauber verlassen, um ihrer Tätigkeit nachzugehen. Ein solcher Einsatz von Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan ist inzwischen bestätigt, ohne dass das größere Aufregung verursacht hat. Wissen wir, ob nicht schon Kriegsverbrechen begangen wurden von diesen tollen Jungs?

Die Marine schippert völlig selbstverständlich vor dem Horn von Afrika herum und kontrolliert den Schiffsverkehr. Spürpanzer „Fuchs“, die chemische oder radioaktive Stoffe aufspüren können, üben im Nahen Osten.

Es ist keine Operette, sondern Wirklichkeit, wenn der ehemalige König wieder in Afghanistan erscheint – derselbe, der 1940 (!) dem Deutschen Reich einen erfolgreichen Kriegsverlauf wünschte.

Der Krieg in Afghanistan ist erklärtermaßen erst der Anfang – offen im Gespräch ist ein Krieg gegen den Irak. Doch ist diesmal die Situation eine andere als nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak. Die damalige Koalition ist wohl nicht mehr herzustellen. Die Benutzung von inländischen Kräften als Ersatz für eigene Bodentruppen wie die UCK im Kosovo oder die Nordallianz in Afghanistan ist wohl im Irak nicht möglich. Stattfinden wird auf jeden Fall ein massives Bombardement – dabei müssen auch die Äußerungen in den USA über den führbaren Atomkrieg ernstgenommen werden, der wildgewordenen Bush-Regierung ist alles zuzutrauen!



Empfohlen werden soll hier das neueste Buch von Winfried Wolf: „Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung“, in dem eine fundierte Analyse der Situation – hier am Anfang des Jahres 2002 – abgeliefert wird. Konkret Literatur Verlag, ISBN 3-89458-209-X, Euro *huf* ■

Uwe Kaminsky

Dienen unter Zwang

Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs

Rheinische Kirche und Diakonie legen Forschungsergebnisse vor:

Rund 1.200 Zwangsarbeiter in evangelischen Einrichtungen

Schätzungsweise 1.200 ausländische Arbeitskräfte arbeiteten zwischen 1939 und 1945 in der rheinischen Kirche. Diese Zahlen nennt der Historiker Dr. Uwe Kaminsky, der die Geschichte der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter in evangelischen Einrichtungen in Kirche und Diakonie historisch erforscht hat, in seinem Buch „Dienen unter Zwang“, das Präses Manfred Kock und Diakoniedirektor Dr. Reinhard Witschke heute in Düsseldorf vorgestellt haben. 478 Männer und Frauen konnten sicher nachgewiesen werden; 250 stammten aus Osteuropa. Rund 70 evangelische Einrichtungen (Kinderheime, Krankenhäuser, landwirtschaftliche Betriebe und Pfarrhaushalte) im Bereich der damaligen Rheinprovinz lassen sich als Arbeitgeber von ausländischen Arbeitskräften nachweisen. 16 weitere sind als Unterkunftsorte für Zwangsarbeiter oder auch KZ-Häftlinge identifizierbar.

„Hinter den Zahlen, Daten und Statistiken stecken Menschen, Mit-Menschen“, erklärte Präses Kock bei der Buchvorstellung im Landeskirchenamt: „Sie haben ein Gesicht, eine Geschichte und eine Würde. Auch das System von Kirche und Diakonie war im Zweiten Weltkrieg daran beteiligt, dass Menschen die Würde genommen wurde. Die historischen Forschungen haben Verstrickungen an das Tageslicht gebracht, die heute zur Verantwortung gegenüber diesen lange ‚vergessenen’ Opfern des Nationalsozialismus mahnen“.

Über den finanziellen Anteil von rheinischer Kirche und Diakonie an der Zustiftung zur Entschädigung der Opfer hinaus bereitet die Evangelische Kirche im Rheinland derzeit ein Besuchs- und Partnerschaftsprogramm vor, das den wenigen Überlebenden des Zwangsarbeitersystems gilt, die die Forschungsarbeit hat ausfindig machen können.

„Konkret sollen Medikamente zur Gesundheitsfürsorge, Begegnungen vor Ort, wechselseitige Besuchsprogramme im Rahmen der Versöhnungsarbeit mithelfen, bürgerschaftliches Engagement auf allen Seiten zu fördern“, so Präses Kock, „in Einzelfällen werden wir zusätzliche finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen, um in konkreten Notlagen unsere bleibende Verantwortung sichtbar werden zu lassen“.

Mit finanzieller Entschädigung, mit humanitärer Hilfe und der historischen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit leiste die Kirche einen wichtigen Beitrag, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und Versöhnung möglich zu machen, unterstrich Manfred Kock: „Damit wollen wir auch vielen Unternehmen, die in ähnlicher Weise in dieses Unrecht verstrickt waren und sich heute damit mehr als schwer tun, Mut machen, diesen Weg zu gehen.“

Seit August 2000 hat Dr. Uwe Kaminsky die Zwangsarbeit im Auftrag der Evangelischen Kirche im Rheinland und ihrer Diakonie erforscht.

Nach seinen Erkenntnissen lagen die Arbeitsorte der Frauen und Männer, die zum überwiegenden Teil aus Osteuropa stammten, in der Landwirtschaft diakonischer Einrichtungen, in der Hauswirtschaft von Krankenhäusern bzw. Heimen und in Haushalten einzelner Pfarrerfamilien.

Über die Behandlung der Arbeitskräfte stellt der Historiker Folgendes fest: „Ernährung, Versorgung und Lohn lagen im Rahmen der üblichen Diskriminierungen des nationalsozialistischen Deutschlands. Kirchliche Einrichtungen konnten sich nicht gegen den alltäglichen Rassismus absetzen. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft waren aufgrund der sozialen Enge und des gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins im allgemeinen auskömmlicher als in großen Industriebetrieben.“ Allerdings galt die kirchliche Fürsorge den ausländischen Arbeitskräften in Deutschland im Bereich der medizinischen Versorgung und der Seelsorge.

Dazu Präses Manfred Kock: „Neben den dunklen Seiten gab es auch anderes. Einerseits die Ausbeutung der Arbeitskraft der aus ihrer Heimat verschleppten Menschen, andererseits die Sorge um ihr körperliches und seelisches Wohl. Gerade diese Ergebnisse der historischen Forschung sind für uns als Kirche heute wichtig. Wir müssen genauer wahrnehmen, wo und wie in Kirche und Diakonie Verantwortliche in das Unrecht verstrickt waren. Daraus können und müssen wir für die Zukunft lernen.“

Jens Peter Iven ■

Uwe Kaminsky: Dienen unter Zwang.Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs, Rheinland-Verlag GmbH, Köln 2002 (mit einem Beitrag von Ulrike Winkler; 320 Seiten; 14 Abbildungen), erschienen in der Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, ISBN 3-7927-1855-3, 18 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Beruhigungsmittel gegen „nationalrevolutionäre“ Phrasen

Nation & Europa 5-2002

Die Kriegspolitik des israelischen Staates macht es Antisemiten leicht, ihre menschenverachtende Propaganda zu verbreiten. Und deshalb titelt die Redaktion von „Nation & Europa“ im Maiheft „Wer stoppt Israel?“. Die Antwort bleibt offen, dafür werden wieder einmal uralte judenfeindliche Mythen verbreitet.

Da beschwört *Harald Neubauer* zum einen die „jüdische Weltverschwörung“: „Jeder israelische Regierungschef lächelt müde, wenn ihn aus Washington oder Brüssel eine nicht genehme Forderung erreicht. Alle Beteiligten kennen die Macht der amerikanischen Ostküste... .Letztlich liegt die Kompetenz dort, wo der Geld- und Medienadel über den Ausgang amerikanischer Präsidentschaftswahlen entscheidet... Israels eigentliche Stärke liegt darin, daß außerhalb seiner Grenzen der größere Teil der Juden lebt, rund sechs Millionen allein in den USA. Eine effizientere Lobby hat die Welt noch nicht gesehen“.

Zweitens sind am Antisemitismus natürlich die Juden schuld (wahlweise auch mal nur ein Jude): „Dem Antisemitismus sind schon zahlreiche Untersuchungen gewidmet worden. Woher er sich speist, bleibt vielen Menschen gleichwohl rätselhaft. In Ariel Scharon könnten sie nun eine Antwort finden. Wer es gut mit Israel und dem Judentum meint, wird diesen Weg nicht unterstützen. Schon gar nicht als Deutscher“. Es ist schwer, diesen Zynismus zu überbieten.

In den letzten Ausgaben wurden immer wieder „nationalrevolutionäre“ Ansichten geäußert, um mit diesen, links klingenden Worthülsen neue Kreise für die alte faschistische Politik zu gewinnen. Diese Taktik wirft allerdings das Problem auf, dass damit manche Sympathisant-(inn)en und Finanziers verärgert werden könnten. Denen muss deutlich gemacht werden, dass das ganze antikapitalistische Vokabular pures Wortgeklingel ist. Diese Aufgabe übernimmt *Roland Wuttke* mit einem Plädoyer für das (kleine) Kapital:

„Die Auszehrung kleiner und mittlerer Betriebe durch Steuern, Abgaben und bürokratische Schikanen hat dramatisch zugenommen. Das wirkt sich immer stärker auf die Leistungsbereitschaft aus, zumal die Betriebsgewinne durch Institutionen abgeschöpft werden, die das Vertrauen der Bürger nicht mehr besitzen.... Nach der Wahlkampfunterstützung durch den DGB 1998 stand die SPD bei den Gewerkschaften in der Pflicht, verschärfte den Kündigungsschutz und führte die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder ein. Eine neue Regulierungswut unterwarf die 630-Mark-Jobs der Sozialversicherungspflicht, verschärfte die Regeln für befristete Beschäftigungsverhältnisse, führte einen neuen Rechtsanspruch auf Teilzeit ein und novellierte das Betriebsverfassungsgsetz im Sinne der Gewerkschaftsfunktionäre“.

Und auch *Franz Schönhuber*; ein Meister der „nationalrevolutionären“ Phrase, beruhigt seine Leser(innen): „Nun muß man allerdings zwischen den antikapitalistischen Vorstellungen der Linken und jenen der Rechten differenzieren. Die Bolschewisten – und das gilt heute auch für deren deutsche Nachkommen, die Politiker der PDS – wollen an die Stelle des Privatkapitalismus eine Art Staatskapitalismus setzen. Die Macht der Banken und Konzerne soll durch die Allmacht des Parteiapparats abgelöst werden. Der sozialistische Denkansatz einer gerechten Verteilung des Volkseinkommens wäre im Dritten Reich weitgehend richtig gewesen, hätten nicht die unseligen NS-Rassevorstellungen die Überwindung des Klassenkampfes desavouiert“. Soviel zur Wirtschaft.

Aber auch auf politischem Gebiet besteht offenbar Erklärungsbedarf: „Selbstkritisch möchte ich feststellen, daß meine bisherige Fixierung auf den sozial-patriotischen Charakter einer zukünftigen Bewegung einengend wirkt und außer acht läßt, daß sich Patrioten, die ebenfalls auf der Suche nach neuen Wegen sind, ausgeschlossen fühlen könnten. In vielen Gesprächen stellte ich fest, daß potentielle Weggefährten, die unter dem Banner ‚national-konservativ‘ oder ‚freiheitlich-konservativ‘ firmieren, keine unüberwindbaren programmatischen Vorstellungen gegenüber dem Begriff ‚sozial-patriotisch‘ aufweisen“. Damit hat Schönhuber zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Den anrüchigen Begriff „nationalrevolutionär“ entsorgt und dessen demagogischen Inhalt gerettet. Er schließt deshalb: „Mein Traum ist es, noch zu erleben, daß, zusammen mit Kriegsgegnern aus anderen Lagern, die Anhänger einer neuen deutschen Rechten bei Friedensdemonstrationen an der Spitze marschieren, und daß bei Diskussionen um den antikapitalistischen Kampf neben neuen und zeitgemäßen Vorstellungen auch die Ideen von Radek, Schlageter und Strasser eingebracht werden“. Antifaschist(inn)en sollten alles tun, um ihn zu wecken, bevor dieser Traum Wirklichkeit wird.

tri ■

JF fühlt sich beobachtet

Junge Freiheit Nr. 20/2002 vom 10. Mai

Unter dem Titel „Wirbel um die JF“ befasst sich das Blatt mit den Reaktionen auf das Interview mit Jamal Karsli aus der letzten Ausgaben: „... In einer Medienkampagne wird Karsli nun unter Druck gesetzt, weil er mit der Jungen Freiheit einer angeblich ‚rechtsextremen‘ Zeitung ein Interview gegeben habe ... Erneut stützen sich die Presseorgane auf die Wertungen des umstrittenen NRW-Verfassungsschutzes ... In einer Presseerklärung protestierte der Chefredakteur der JF, *Dieter Stein*, gegen die Titulierung der JF als ‚rechtsextrem‘ und verwahrt sich in Stellungnahmen gegenüber den Zeitungen entschieden gegen den Vorwurf des Antisemitismus. Die Nachrichtenagentur DPA berichtete daraufhin, dass die JF ‚derzeit vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen angeht, im Verfassungsschutzbericht wegen rechtsextremistischer Bestrebungen erwähnt zu werden‘.“

Über die Programmdebatte der Republikaner berichtet das Blatt diesmal nur in einem kleinen Artikel. Seit die Partei nicht mehr im baden-württembergischen Landtag vertreten ist, hat das Interesse der JF an den Republikanern deutlich nachgelassen. Die Republikaner fordern u.a. die Wiederherstellung Preußens durch den Zusammenschluss der Bundesländer Brandenburg, Berlin und Sachsen-Anhalt.

uld ■